

Bezugspreis:

3 wöchentlich 21. — 1/2 J. monatl. 7. — 1/2 J. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Voll u. Zeit" erscheint wöchentlich zweimal Sonntags einmal.

Verlag: Vorwärts-Verlag, Berlin, Lindenstr. 3.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die obersteilherrliche Konzessionsstelle ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 16. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Protest wegen Eupen-Malmedy.

Für wahres Selbstbestimmungsrecht.

Berlin, 15. April. Die deutsche Regierung hat Anfang April in Paris eine umfangreiche Note übergeben lassen, worin sie nachdrücklich Beschwerde führt gegen die unerhörten Gewaltmaßnahmen, die die belgischen Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy zur Anwendung bringen.

jegliche Benachteiligung der Personen, die sich eingetragen haben, unterbleibt.

Belgiens Hintergedanken.

Brüssel, 14. April. Das offiziöse "Journal de Bruxelles" gibt heute unumwunden zu, daß die belgische Regierung Hintergedanken habe, als sie ein Bataillon nach Frankfurt a. M. entsandte, denn das Blatt erklärt, eine der Folgen des Dienstes, den Belgien Frankreich leiste, sei, daß die Lösung der belgisch-französischen Frage der luxemburgischen Eisenbahnen beschleunigt werde.

Kundgebung des hessischen Landtages.

Darmstadt, 15. April. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts".) Die heute zusammengetretenen Fraktionen des hessischen Landtags nahmen einstimmig folgende Erklärung an: Die Fraktionen in ihrer Gesamtheit sehen in der neuerdings erfolgten Besetzung unseres Landes eine Verletzung des Friedensvertrages.

Deutschlands Außenpolitik.

Ein Genosse, der die Verhältnisse in den westlichen Ententestaaten aus langjähriger Erfahrung kennt, sendet uns die folgenden Ausführungen.

Der Weltkrieg und sein Ausgang haben das Schicksal der Völker enger als je einander gefesselt. Der sogenannte Völkerbund ist allerdings nichts weniger als der Ausdruck dieser Solidarität, er ist bisher nichts anderes als ein Machtinstrument der Sieger.

Und den Siegerstaaten droht der finanzielle Bankrott, er droht ihnen um so mehr, als sie dem Machtstumpfen und damit dem Militarismus verfallen sind. Die Unterhaltung eines großen stehenden Heeres und einer großen Kriegsmarine erfordert aber nicht allein ungeheure Summen.

Diese Vorkriegswährheiten, die wir vor dem Kriege durch Jahrzehnte vergebens gepredigt haben, hat der Krieg so drastisch aufgezeigt, daß sich ihnen niemand mehr entziehen kann. Die Siegerstaaten werden es schon deshalb nicht können, weil sie gar zu schnell — was ist ein Jahrzehnt im Leben der Völker? — ins Hintertreffen geraten, wirtschaftlich von den Besiegten an die Wand gedrückt würden.

Diese Uneinigkeit rührt nicht daher, weil die Sieger sich um die Beute streiten, obwohl es manchmal so scheinen mag. Die eigentliche Ursache ist in dem Völkerbund selbst zu suchen. Der Völkerbund unterbindet die äußere Aktion der Staaten. Der Imperialismus, der sich der herrschenden Klassen der Siegerstaaten bemächtigt hat, empfindet diese Beschränkung als einen unerträglichen Zwang, den man ja mit den Besiegten auferlegen wollte.

Wilson führt einen hoffnungslosen Kampf gegen die imperialistische Reaktion seines Landes. In Frankreich regiert nicht Millerand, sondern der Generalfstab mit den reaktionären Diplomaten des Quai d'Orsay, als deren typische Vertreter Baskoloue und Lardieu anzusehen sind. In Italien hat nur der ungeheure Sieg der sozialistischen Partei die Säbelklinge verhindert, aber nicht verhindern können, daß die Generalstabskräfte die Außenpolitik — und damit die Innenpolitik — beeinflussen.

Deutschland ist das Schwert aus der Hand geschlagen. Wenn wir es gleich wollten, könnten wir eine Machtpolitik nicht verfolgen. Die Kräfte, die bei uns noch immer in den Gedankengängen der alten Machtpolitik befangen sind, vergessen das absichtlich oder unabsichtlich. Aber wir wollen es auch gar nicht! Der Rapp-Putsch hat das unschätzbare Verdienst gehabt, daß er der großen Mehrheit des deutschen Volkes die Gelegenheit gab, durch die Tat zu beweisen, daß es eine militaristische Politik nicht will und diesen Willen auch durchzuführen versteht.

Wie immer in der Geschichte wird auch jetzt unsere Politik nicht bestimmt werden von aufgeschwägerten Programmen oder anseherntlichen Männern, sondern von der "allmächtigen Zeit", von geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Etwas anderes aber ist es, ziellos und steuerlos sich dem Strome der Zeit treiben zu lassen, etwas anderes, mit fester Hand, dem Strome der Zeit folgend, Klippen und Sandbänke zu vermeiden.

Deutschland ist heute eine Macht, die zwar nicht mehr auf die Zahl seiner Armeekorps begründet ist, die aber trotzdem — man könnte füglich sagen: gerade deshalb — von allen Siegerstaaten zusammen nicht beiseite geschoben werden

Ratifizierungen durch das Unterhaus.

Die Verträge von St. Germain und Neuilly.

London, 14. April. (Neuer.) Die den Friedensverträgen mit Oesterreich und Bulgarien Wirkung verleihenden Gesetzesvorlagen wurden in zweiter Lesung mit 109 gegen 34 Stimmen angenommen.

Petition der nord-schleswigschen Dänen.

Rühle Aufnahme in Kopenhagen.

Kopenhagen, 15. April. Der Ministerpräsident Friis empfing heute eine Abordnung von dänischen Nord-Schleswignern, die ihm eine Petition über die Internationalisierung der zweiten Zone überbrachten. Der Ministerpräsident erklärte u. a.: Es ist undenkbar, daß ein Geschäftsmann in diesem in dem Augenblick, wo die nord-schleswigsche Frage wie ein Signalfeuer von Wahlkreis zu Wahlkreis leuchtet, und das Volk sich bereits in wenigen Tagen um die Wahlurnen versammelt, jetzt für eine bestimmte Regelung der nord-schleswigschen Frage in die Schranke treten soll.

Revolution in der "Anorrbremse"?

W.L.B. verbreitete gestern in später Stunde folgende Meldung:

Die Betriebsräte der Fabrik "Anorrbremse" in Lichtenberg drangen heute in das Verwaltungsgebäude ein und stellten folgende Forderungen an die Direktion: 1. Zahlung vom 1000 Mark an jeden der 3000 Arbeiter, 2. keine Affordarbeit mehr, sondern 6 Mark Stundenlohn, 3. Bezahlung der Rapp-Streikstage. Bei der Gelegenheit wurden die Arbeiter tödlich gegen einzelne Beamte und zwangen schließlich den Direktor, vor die draußen versammelten Arbeiter zu gehen und ihnen folgende schriftliche Zusicherung zu machen, die er angesichts der drohenden Faltung der Arbeiter auch abgab: Zahlung von 500 Mark. Zu Punkt 2 und 3 erklärte er sich jetzt nicht schuldig zu können. Die Direktion erkannte aber nachher die Erklärungen des Direktors, weil sie ihm abgezwungen waren, nicht an, und der Bund der Metallindustriellen lehnte auch die Forderung ab und beschloß, morgen die Fabrik zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Man befürchtet, daß die Arbeiter infolge dessen die Fabrik morgen sabotieren werden. Es ist aber für ausreichenden Schutz durch die Sicherheitspolizei Sorge getragen.

Zur Besoldungsreform.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat am Donnerstagabend dem Antrag des Unter Ausschusses auf Erhöhung der Grundgehälter zugestimmt. Der gleiche prägenale Steuerzuschlag fand dagegen bei der Fraktion keine Gegenliebe. Die Grundgehälter dürften sich demnach wie folgt gestalten: Gruppe I 4000—6000 M., Gruppe II 4500—6400 M., Gruppe III 4600—6900 M., Gruppe IV 5000—7500 M., Gruppe V 5400—8100 M., Gruppe VI 5500 bis 8700 M., Gruppe VII 6200—8300 M. Dann weiter nach der Regierungsvorlage. Art und Höhe des Steuerzuschlages stehen noch nicht fest.

Lauffenberg gegen alle.

Hamburg, 15. April. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts".) Hier fand heute abend eine Massenversammlung statt, in der Dr. Lauffenberg das erstmalig nach seiner Festsetzung über das Thema: "Deutschland, ein sozialdemokratisches Justizhaus" sprach. Nach einem wüsten Geschimpfe über das regierende Völkergesindel ging er zum Rapp-Putsch über. Er legte dar, daß dieser im Einverständnis Englands angezettelt worden sei, dessen Beauftragter u. a. der bekannte Trebitsch-Lincoln im Verein mit dem französischen Militarismus, der niemals wieder aus Frankfurt herausgehen werde, bemüht sei, Deutschland völlig zu zerrütten. Alle Truppenmanöver im Ruhrrevier, Bayern und an der Ostgrenze geschehen im Sinne der Entente. Die irtzinnigen Verbrechen in der Regierung liegen es zu, daß Deutschland seinem sicheren Untergang entgegengeführt werde. Rettung bringen könne nur die Räterepublik, die, wenn die Entente es hindere, mit den Waffen gegen die Entente erkämpft werden müsse.

Die Putschisten an der Arbeit.

Nach Mitteilung des Stettiner Polizeipräsidenten sind in Raugard ein Oberleutnant, ein Leutnant und 15 Mann, die bis an die Zähne bewaffnet und mit Munition reich ausgestattet waren, verhaftet worden. Die Verhafteten gehören einer in Prenzlau aufgelösten Baltikumformation an.

Aus zuverlässiger Quelle liegen ferner eine ganze Anzahl Nachrichten vor, die darauf hindeuten, daß die Offiziersrevue ihre Stunde bald für gekommen hält. Wie wir hören, ist das Offizierskorps des Jägerbataillons 5 in Girschberg in Berlin eingetroffen, um hier Instruktionen für sein Verhalten bei dem neuen Putsch entgegenzunehmen. Das Munsterlager, in dem die Entwaffnung und Auflösung der Marinebrigade Eberhard vor sich gehen soll, scheint sich mehr und mehr zum Sammelpunkt aller gemäßigten und verabschiedeten Offiziere der Reichswehr- und Baltikumtruppen herauszubilden. Ja, es liegen sogar gewisse Anzeichen dafür vor, daß das Munsterlager seit gestern der offizielle Sammelpunkt aller dieser unzufriedenen, putsch-lustigen Elemente ist.

Eine achtstündige Eisenbahnsperre wird Polen zwischen dem 19. und dem 27. April vollständig vom Auslande absperren. Grund dieser Maßnahme ist die politische Banknotenspendelung. Verhandlungen sind zwischen den deutschen und den polnischen zuständigen Stellen im Gange, um den Eisenbahnbetrieb zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich durch den polnischen Korridor in ausreichendem Maße zu sichern. An sich bildet diese Maßnahme der Polen eine Verletzung des Friedensvertrages.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Tuzar zeigte in der gestrigen letzten Sitzung der Nationalversammlung den Rücktritt der Regierung an, da diese ihre Aufgaben erfüllt habe und die Neuwahlen am kommenden Sonntag stattfinden.

Die Hanauer Arbeiterschaft beschloß, beim Einrücken der Reichswehr in Plauen nicht zu streiken, da deren Aktion sich nur gegen Götz richtet.

Die Zahl der Todesopfer des Königsberger Explosionsunglücks wird nun vom zweiten Bürgermeister mit 300 bis 400 angegeben!

lann. Diese Macht ist keine industrielle Produktionskraft.

Wer erinnert sich nicht der ausgebeuteten Pläne französischer und englischer Wirtschaftsimperialisten, die auch die anderen Bündnisländer ins Schlepptau nahmen, um Deutschland nach dem Kriege vom Weltmarkt, vor allem vom Markte der Entente-Länder auszuschließen? In Paris, in London und in Rom wurden während des Krieges interalliierte Konferenzen unter dem Vorsitz des weinland französischen Abgeordneten Franklin-Bouillon und der Teilnahme von Regierungsmitgliedern abgehalten. Wer denkt noch an die Beschlüsse dieser Vorkonferenzen?

Der Friede war noch nicht unterzeichnet, geschweige denn ratifiziert, und schon wurde Deutschland überläufernt von englischen, französischen und amerikanischen Geschäftsleuten. Ehe noch der Friede ratifiziert, der Friedenszustand wiederhergestellt war, konnte man schon in der französischen Presse offizielle Aufforderungen lesen, die auslängen in dem Satz: **Kauft in Deutschland!**

Salten wir uns an diese Tatsachen, dann springt in die Augen, welcher Art unsere Außenpolitik sein muß: eine **Arbeitspolitik**. Nicht eine Wirtschaftspolitik im alten Sinne des Wortes, wo man auf die Eroberung von Absatzmärkten ausging, die auswärtige Konkurrenz niederkämpfte und um das eigene Land prohibitive Zollmauern errichtete, durch hohe Inlandspreise die Auslandspreise bezahlen ließ. Der internationale Warenhunger macht eine derartige Politik für die nächsten zehn Jahre gegenstandslos und der Frieden von Versailles verbietet sie uns. Aber wie die Deutsche Revolution sich im Innern vornehmlich auf die Arbeiter stützt, so muß sie auch außen eine **Arbeitspolitik** im Sinne der Arbeiter machen.

Wir wollen und können der Welt nicht mehr imponieren durch unser Heer und unsere Flotte. Wir können aber ihre Sympathien gewinnen durch unsere Sozialpolitik. Wir können ihr ein leuchtendes Beispiel geben durch eine rationelle Organisation der Produktion und der Verteilung. Wir können die Liebe der Völker wieder zurückgewinnen, wenn das Volk der Dichter und Denker zum Volk menschlicher Solidarität wird.

Dieses Ziel bescheidenen Stolzes soll uns nicht hindern, die Welt, die uns noch umgibt, richtig einzuschätzen. Wir dürfen nicht wieder in den Fehler verfallen, mit Herrn Willerond, der ja nur der Sachwalter der Firma Koch und Paßolouge ist, uns in Sonderverhandlungen einzulassen. Gegenüber den imperialistischen Plänen der derzeitigen Machthaber in Frankreich — und zu den Manier Richtlinien der französischen Generalsidder kann gesagt werden: sie sind mehr als wahr, sie sind wahrscheinlich — ist der Vertrag von Versailles ein Schutzwall, den wir nicht verlassen dürfen. Haben wir Mühe, dann wenden wir uns am besten an den Obersten Rat. Mit Sonderverhandlungen liefern wir nur eine Rechtfertigung der Sonderrechte, die die französischen Generalsidder beanspruchen.

Dieselbe Haltung müssen wir auch ohne Zeitverlust in der Frage der Wiedergutmachung einnehmen. Auf dem Kongreß der französischen Bauunternehmer, der am 14. Februar in Paris abgehalten wurde, sind über den Skandal des Wiederaufbaus, wo Hunderte von Millionen an Provision bereits „verdient“ wurden, ohne daß etwas geschehen ist, allerlei interessante Enthüllungen gemacht worden. Es ist Zeit, diesem Spul ein Ende zu machen und klipp und klar zu erklären, daß Deutschland sich zur Wiedergutmachung, nicht aber zur Füllung der Taschen französischer Spekulanten verpflichtet hat, selbst dann nicht, wenn es Schlinglinge des Herrn Tardieu sein sollten.

Nicht minder energisch müssen wir uns wehren gegen das ausländische Schiebertum, das mit dem inländischen oft Hand in Hand arbeitet. Hier sind die Vorkläge des Genossen Wiffell lückenlos durchzuführen.

Wir wollen es ununtersucht lassen, wie weit das diplomatische Personal, das wir vom alten Regime übernommen

haben, zur Durchführung dieser Politik befähigt und geeignet ist, und ob ein Haß Essig zu Wein werden kann, wenn man einige Liter Wein zugiebt. Zunächst handelt es sich darum, das Steuer unserer Außenpolitik in das richtige Fahrwasser mit fester Hand zu lenken. Und diese Politik kann nur sein und muß es also: eine Politik der Solidarität und der Arbeit.

Sozialdemokratie und Koalition. Der Ruck nach links.

Die „Dema“ verbreitet folgendes:
Die wir hören, fanden gestern innerhalb der Mehrheitssozialdemokratischen Partei 48 Versammlungen statt, die das Thema: „Soll die Partei weiterhin in der Koalition bleiben?“ zum Gegenstande hatten. In allen Versammlungen machte sich eine lebhafteste Strömung geltend, die sich gegen die weitere Aufrechterhaltung der Koalition aussprach und von dem scharfen Ruck nach links innerhalb der S. P. D. deutlich Zeugnis ablegte.

Dazu ist zu bemerken, daß sich die Diskussion von 48 Versammlungen, denen übrigens kein einheitliches Thema zugrunde lag, in so wenige Worte nicht zusammenfassen läßt. Wichtig ist zweifellos, daß in den Kreisen der Berliner Parteigenossen die Koalition nur als ein taktischer Notbehelf empfunden wird, dessen man durch ein Erstarken der Partei bei den kommenden Wahlen gern entbehren sein möchte. Ebenso ist man der Meinung, daß unter bestimmten Umständen der Rücktritt der Partei in die Opposition einem Verbleiben in der Regierung vorzuziehen sein könnte, doch wird nirgends der Wunsch bestanden, den Deutschland in die Hand zu legen, ohne die nach einem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Mehrheit eine neue Regierungsbildung nicht möglich sein würde. Die Frage wird jedenfalls auf der bevorstehenden öffentlichen Reichskonferenz der Partei zur Erörterung gelangen, und die Diskussion in der bürgerlichen Presse wird sich besser auf den Bericht über sie stützen als auf die lakonische Meldung eines Berichterstatters, der nicht dabei war.

Eine Selbstverständlichkeit. Keine Bestrafung wegen Verfassungstreue.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt:
Ueber die Frage der Strafbarkeit der zur Abwehr des Rapp-Lüttich-Putsch vorgeschrittenen Handlungen hat sich der Reichsjustizminister am 15. April d. J. im Reichstag eingehend geäußert. Er hat insbesondere ausgeführt, daß nach allgemeinen Grundsätzen eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht in Betracht komme, die in der Abwehr des verbrecherischen Rapp-Lüttich ihrer festen Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung feststellen könnte, werde bei verständiger Prüfung in der Regel anzunehmen sein, daß der subjektive Tatbestand, d. h. das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit des Verhaltens, keinesfalls vorliege.

Dieser Standpunkt ist selbstverständlich. Nur sind nach unseren Informationen inzwischen tatsächlich schon einzelne Bestrafungen von verfassungstreuer Soldaten wegen „Meuterei“ durch Kriegsgerichte (wie von dieser Institution nicht anders zu erwarten) vorgekommen. Was geschieht in diesen Fällen? Und was geschieht ferner in den zahllosen Fällen indirekter Bestrafung, in denen Soldaten wegen ihrer verfassungstreuen Haltung aus der Reichswehr hinausgedrängt und materiell schwer geschädigt worden sind?

Das Reichswahlgesetz.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung lehnte die Beratung des Wahlgesetzes fort. Zu § 14 wurde beschlossen, daß die Kreiswahlvorschläge von mindestens 20 Wählern

unterzeichnet sein müssen. Nach der Vorlage waren es 50. Statt „Verbandswahlkreise“ soll überall „Wahlkreisverband“ gesagt werden. Die Frist zur Annahmeerklärung im Wahlvorschlag soll als gewahrt gelten, wenn die Erklärung zwei Tage vor Ablauf der Frist durch eingeschriebenen Brief zur Post aufgegeben worden ist. Zu § 15 (Verbandswahlkreis-Bestimmung) wurde folgendes angenommen: „Innerhalb eines Verbandswahlkreises können mehrere Kreiswahlvorschläge miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Kreiswahlvorschläge sich auf einen Wahlkreis beziehen.“ Gemäß dem Vorschlag des Ministers Koch wurde festgesetzt, daß die Einreichung der Wahlkreislisten am 21., die der Reichswahllisten am 16. und die Erklärung der Verbindung sowohl innerhalb des Verbandes als auch mit der Reichsliste am 12. Tage vor der Wahl erfolgt sein muß. § 17 erhielt folgende Fassung: „Für die Kreiswahlvorschläge kann erklärt werden, daß die Kreisstimmen einem Reichswahlvorschlag zuzurechnen sind. Die Erklärung muß spätestens am 12. Tage vor dem Wahltag beim Kreiswahlleiter eingereicht sein. Sonst scheiden die Kreisstimmen des Wahlkreises beim Zuteilungsverfahren für das Reich aus.“ Zum Kapitel „Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses“ regte Abg. Kautzsch (Soz.) bei § 24 an, daß auch Anwesende, z. B. Kranke, in irgendeiner Form wählen könnten. Dagegen machte Minister Koch ernste Bedenken geltend. Auch Abg. Lohse (Soz.) erkannte an, daß die Härte gegenüber Kranken nicht zu befeitigen sei. — Abg. Waldstein (Dem.) hob hervor, daß das Wahlergebnis bei der Wahl abwesender Kranker leicht verkehrt werden könne. Ähnliche Bedenken machte Abg. Paukmann (Dem.) geltend. In Verbindung damit wurde die Frage erörtert, ob die Kosten der Stimmzettel auf die Reichsliste übernommen oder nach wie vor von den Parteien getragen werden sollen. Bezirksamtmann Dr. Raissenberg setzte auseinander, daß die Uebernahme der Kosten auf das Reich von der Regierung sehr ernst geprüft worden sei, aber wegen der Höhe der Kosten sei davon Abstand genommen. — Abg. Kautzsch (Soz.) trat für die Uebernahme der Kosten durch das Reich ein. — Abg. Waldstein (Dem.) betonte, es sei an sich sehr Sache der Behörden, die Wähler mit den zugelassenenzetteln zu versehen. Er stellte den Antrag, den Parteien für jede abgegebene Stimme einen Zuschuß von Reichs wegen zu gewähren. Gegen diesen Vorschlag äußerte Abg. Lohse (Soz.) Bedenken, ebenso gegen eine weitere Anordnung, die Wahlkosten aus Ersparnisgründen diesmal fallen zu lassen. Abg. Dr. Fleischer (Z.) wandte sich auch gegen den Vorschlag Waldstein. — Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) forderte entschieden mit Rücksicht auf die Wahrung des Wahlergebnisses die Beibehaltung der Wahlkosten. Bezirksamtmann Dr. Raissenberg erklärte, daß die Fassung der Regierungsvorlage, wonach mit verbedeten Stimmzetteln gewählt wird, durchaus die Beibehaltung der Wahlkosten zulasse. Diese habe die Regierung auch in Aussicht genommen. Das Nähere gehöre in die Wahlordnung. — Abg. Kempkes (D. Sp.) wünschte lebhaft die Beibehaltung der Kosten, verlangte aber die Festlegung im Gesetz und nicht in der Wahlordnung. Die Wahl mit Ausschlag wurde einstimmig beschlossen, ebenso der Grundsatz, daß dies im Gesetz ausgedrückt werden solle. Angenommen wurde eine Resolution Paukmann: „Die Vornahme anderer öffentlicher Wahlhandlungen und Abstimmungen unter Mitbenutzung der gleichen Wählerlisten ist zulässig.“ Hierauf wandte sich die Erörterung wiederum der Frage der Stimmzettelbezahlung durch das Reich zu, wozu zahlreiche Redner sprachen. Der Regierungskommissar Dr. Raissenberg sprach gegen die von einer Seite vorgeschlagene Idee der amtlichen Lieferung sämtlicher Stimmzettel an die Wähler. Sie verursache sehr große Kosten und gebe möglicherweise Anlaß zu Wahlbestechungen. Der sächsische Gesandte Dr. Koch hielt auf Grund der Untersuchung der Frage in Sachsen den Vorschlag Waldstein für den allein gangbaren. Die Abg. Kautzsch (Soz.) und Dr. Luidde (Dem.) hatten aber dagegen keine Bedenken.

Giehren (H. Soz.) hatte den Eindruck, daß durch die Bezahlung der Stimmzettel durch das Reich die Parteien etwas von ihrer Selbstständigkeit verlieren könnten. — Abg. Schulz-Bronnberg (Dnndl.) wandte sich scharf gegen die amtliche Lieferung der Stimmzettel an die Wähler. — Abg. Dietrich (Dnndl.) äußerte, die Mehrheitsparteien würden sich im Wahlkampf dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie für ihre Parteilasse noch schnell einen Vorteil erzielen wollten. Die Stimmzettel könne sich jeder Wähler selbst beschaffen! — Abg. Waldstein (Dem.) zog mit Rücksicht auf die nach der eben gehörten Rede zweifellos zu erwartende unsachliche und agitatorische Ausnutzung der Angelegenheit seinen Antrag zurück. Auf Antrag Burgau (Soz.) wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß die Wahlbestecher die Verpflichtung haben sollen, die ihnen übermittelten Stimmzettel öffentlich aufzulegen.

Während und nach der Rapp-Revolte auf dem Lande.

Die Vorböten. — Der Wittstocker Bauernkrieg. — Die Waffenübung der Ortswehren.

Von einem Genossen, der mit den Umständen auf dem Lande besonders vertraut ist, wird uns aus der Ostpreignig geschrieben: Wenn ein gewisses politisches Witterungsvermögen nicht ganz fehlte, der sah schon geraume Zeit vor dem Putsch, was im Stillen vorbereitet wurde und kommen sollte. Die Zuspitzung der Verhältnisse auf dem Lande äußerte sich in den wiederholten Widerständen gegen die Kontrollorgane, insbesondere gegen die Feststellungskommissionen. Drohungen mit den bewaffneten Ortswehren, gewalttätige Behinderungen waren nichts Seltenes, und überall klang der Refrain nach: Was wollt ihr mit eurer Berliner Regierung, die ist bald zum Teufel gejagt. Schon im Winter berief man Versammlungen ein, bei denen unter dem harmlosesten Ausschüßgeschid die rohesten Intimitäten mit der Spekulation auf die antilemische Stimmung der Landwirte entleert wurden. Robuste Ausdrücke, die sonst schwerstes Strafgeseßliches Ungehöriges verurteilt hätten, hörten die berufenen Organe laun, und jedes Bewußtsein der Staatsautorität schien geschwunden. Jammer wurde mit dem Zeigefinger nach dem Loch im Westen gewiesen, durch das die Schieber ihre Geschäfte amäßen, immer wieder hieß es, man dulde abschließlich ihr Treiben. Tatsachenbeweise für den Willen der Regierung, jegliche Schieberung zu unterbinden, fruchteten nichts. Man sah und hörte nur, was man wollte. Im Lande reisten die Agitatoren des Landbundes herum, Offiziere hielten unter allerlei Vorwänden da und dort Umkäu, und schließlich glaubte man zum großen Schläge auszuholen zu können. Wenn auch nicht allgemein, so taten doch vereinzelt die Landräte das ihre, um dieser Irreleitung der Stimmung nicht entgegenzuwirken. In einzelne richteten ihre Vshalang nicht gegen die auffässigen und widerwärtigsten Kreisbeingesessenen, sondern gegen die Organe der Regierung. Kein Wunder, wenn unter solchen Anschauungen der Pflichtwidrigkeit die Verlorung der Städte alles eher wie glänzend wurde. Man tüftelte herum an dem Material, das zur Abstellung von Mischänden gesammelt wurde, man breietete die schließende Hand mit allerlei Entschuldigungen über die Schieber auf dem Lande, anstatt sich zu sagen, daß eine geordnete Verlorung der Bedarfsgemeinden solange unmöglich ist, als der Schleichhandel und Lebensmittelwucher in seiner Unendlichen Härte schwelgen kann. Dort, wo der Gewaltanwendung sofort ein Caroli geboten werden mußte, schweig des Sängers Höflichkeit, und der Spieß wurde gegen die Verdorbenen geleitet. Diese Käufigkeit und indirekte Unterstützung der Pflichtvergesenen half den Boden bereiten für das kommende. Die Ereignisse warfen ihre Schatten voraus.

Nun kam das Große, längst Erwartete — der Rapp-Umsurz. Wie in der Harneboldzeit wurden flugs die Masken abgeworfen. Verantwortliche Männer erklärten sich für neutral, andere bangten darüber, von Rapp an die Wand gestellt zu werden, wenn sie nicht... aber im stillen Kämmerlein und am verschwiegenen Stammtisch

machte die Obrigkeit keine Würdergrube aus ihrem Herzen. Die Landherren wurden mutig. Jedes Dorf folgte dem Aufgebot des Landrates, und bis an die Jähne bewaffnet, rüsteten die Einwohnerwehren an. Da sie in ihrem Aufgebot erfuhren, daß sie auch für die „neue Regierung“ als „unpolitische Organisation“ sich für Ruhe und Ordnung einsetzen müßten und obendrein von den „Männern der bisherigen Regierung“ hören, konnten wohl einige glauben, daß sie der Landrat verfassungsmäßig einsetze. Klare Mythe wurden aber flugs, als sie lasen, daß den Mitgliedern der Wehren, die sich unter den heutigen Verhältnissen weigern, Dienst zu tun, die Waffen und Armbinden abgenommen werden sollen.“ Die „neue Regierung“, die der Landrat in den Vordergrund rückte, hatte für manchen nichts Besseres, und wer ihr nicht Gehorsam leistete, der wurde verurteilt. In Maulbeeralde stellte man dem Lehrer, der sich mit Rapp nicht befreundet wollte und die Einwohnerwehr mied, ein Maschinengewehr vor sein Haus. Landarbeiter wurden mit vorgehaltener Pistole und anderen Waffen zur Arbeit angehalten. Diese Schließlichkeit des waffenstarrten Apparierens erweckte bei den Arbeitern Besorgnisse. Man machte sich daran, von Ortswehren die Waffen abzufordern, und man sah sie zum Teil willig. Ja, ein Gutbesitzer von dem die Waffen abberlangt wurden, bewirtete noch die Leute und bot ihnen ein Gläschen Wein. Gewalt war da sicherlich nicht von Ruten. Mit etwa fünfzig Gewehren zogen die Sammler nach Wittstock, und die dortige Streikleitung nahm die Waffen in sicheren Gewahrsam. Diese Entwaffnungssaktion brachte die Bauern auf die Beine. Am 19. März rückten etwa 1500 Bauern in den buntesten Ausdrückungen mit Handgranaten, Gewehren, Pistolen und 15 Maschinengewehren vor die Tore der noch von einer Ringmauer umzogenen märkischen Stadt. Sie hatten es leicht mit der „Verlagerung“, denn vier Tore sind die einzigen Zugänge zu ihr. Die Bauern wollten die Gewehre wieder haben und drohten mit Gewalt. Man parlamentarisierte hin und her und schließlich gab die Streikleitung die Gewehre heraus.

In der Zeit der Eintreibung Wittstocks durfte niemand in die Stadt und niemand heraus. Wer es versuchte, erhielt schlagbare Abweisungen. Der heldenhafte Sohn eines Gemeindevorstanders legte einer Frau die Pistole auf die Brust, weil sie nach Hause wollte! Der Vorgang vor den Bauern Wittstocks ist ein Dokument der Zeitberührung und Verwirrung. Gebührende, groß gezogene Gelüste der Gewaltspieler kommen hier zum Ausdruck und was der Staat zum Schutz seiner Bürger geschaffen hat, kann jederzeit das Gefühl gegen ihn werden. Kinder dürfen nicht mit Streikwaffen spielen, und seit wir im Frieden zu leben glauben, ziemt sich für den Bauern die Pflichten, aber nicht das Reichsingenieur. Nach der Umzingelung Wittstocks rückten die Bannträger des Buntlands ab. Eifrige Herren, die bei jeder Gelegenheit das Wespen des Volkswesens wie eine Wardszene im Kino an die Wand malen, rüsteten das Land noch besser aus wie ebendem. Obgleich die Verfassung gerettet war. Wenn gilt der Eifer? Heute ist jedes Bauerndorf gewappnet, Maschinengewehre werden wie Feuerbier herumgetragen, Handgranaten schützen den Frieden der Dörfer und bei Schießübungen gibt es manchmal auch Tote und Verwundete. Soll die Waffe des Staates beliebig gegen ihn gebraucht

werden können, und wer will ihren Gebrauch bestimmen, wer kann ihn verhindern, wenn plötzlich durch einen unklaren Kopf Alarm gemacht wird? Wir haben nicht Zeit zu verlieren bei der Festlegung verfassungsmäßiger Zustände und wir wollen auch nicht, daß man sich bei kommenden Wahlen anstatt mit den Argumenten der Ueberzeugung mit Maschinengewehren auseinandersetzt. Weide jeder in den Grenzen seines Rechtes, und nehme man das gefährliche Spielzeug jedem beliebigen aus der Hand, der keine Gewähr für den richtigen Gebrauch bietet.

Ein Roman aus dem Hergelberge. So nahe das Hergelberge uns auch ist, so unbekannt ist es in Norddeutschland. Selbst damals, wo noch nicht der Krieg und seither der ischcherlosowatische Staat die Grenze sperrten, gingen nur wenige Wanderer über das kurdtliche Hinzberg hinaus oder von Schreiberhau weiter über Josephinshütte nach Böhmern hinein — in die stillen Wälder des Hergelberges, an seine klaren Bäche, die im Springen und fallen talab die Schiefermählen treiben und zu den eigenartigen Leuten mit ihrem Teufel und auch ihrer bewegten Lustigkeit.

Nunten drin haust seit Jahrzehnten der Lehrer Gustav Leutel und wie sich ihm die Haare bleichten, da hat es ihm das Herz geoffnet, der Heimat Geist und Schönheit in Väcker zu zeichnen. Das neuste davon ist „Hüttenheimat“ bei E. Fischer in Berlin erschienen. Der Roman von der Kunst des Glasmachers, die im schweren Kampf gegen die Raffinerie unterlag, dann aber aus Trübsal und Schameren wiedererstand ist. Viel Unheimliches und Wunderbares spielt um die Tragödie und die Hauptperson ist der Wald mit seiner Sonne, dem Wasser, dem Schnee, dem sinnenden Busen und auch den Rigeunern, die einmal hinkommen und später Rache nehmen für schwere Untat. Diese aber ward getan, um die Hütte weiterleben zu lassen von dem Gold, das der totgestürzte Fremde aus dem unbekanntem Lande in der Harke gesammelt trug und seinen Genossen vererben wollte.

Auch von anderen Genossen ist die Rede. Die Arbeiterbewegung spielt hinein, Streikunruhen in Reichenberg und Josephinshütte ziehen vorbei und in den Gesprächen der Organisierten und bei einem deutlichen Parteilag zeigt Leutel auch, daß er mehr auf der anderen Seite steht, auf der demnationalen, die im deutsch-böhmischen Sinne verstanden, wo das meist mit kontertertem „Arbeitgeber“ geist zusammenfällt. Von dieser Vermischung ist Leutel frei und wenn keine Betrachtung der Partei auch keine allzu freundliche und eine recht einseitige ist, so bleibt sein Buch trotzdem Gewinn für jeden, der es mit strebendem Bemühen liest.

Richard Bernstein.
Zur Berufung Voelzig nach Berlin erfahren wir an maßgebender Stelle, daß der eig. des im Übertragenen akademischen Reichsrates für Architektur — das andere hat Geheimrat German Bestelmeyer inne — auch weiterhin Berlin sein wird.
Theater-Chronik. Die auf Freitag im Tribüne-Theater angelegte Uraufführung von Strindbergs „Totentanz“ muß aus technischen Gründen verschoben werden. Welche Karten werden an der Rolle zurückgenommen. — Als nächste Uraufführung des staatlichen Schauspielhauses gelangen noch in dieser Spielzeit Wertheim „Hautmanns“ Hauptmanns „Hauptmann Densel“ und Groumdhnds „Kastellaner“ zur Darstellung.

Abschaffung der Militärgerichte + Filmzensur.

Die Rationalversammlung beriet am Donnerstag in erster Lesung das Gesetz über

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Warmuth (Dnat.): Die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gerade in jetzigen Augenblick ist ungewöhnlich, weil noch etwa 10000 Kasse vorliegen.

Abg. Stücken (Soz.):

Darin hat der Abg. Warmuth recht, daß die Militärgerichtsbarkeit nicht in hohem Ansehen steht.

Prozess Marlow

Ist eins der traurigsten Zeichen für den Niedergang der Militärgerichtsbarkeit; bei dieser ist zweifellos eine gewisse passive Resistenz eingetreten. (Sehr richtig! links.)

die bürgerlichen Gerichte aber unter einer militärischen Kontrolle gestellt werden sollen, ist ganz unerhört. (Zustimmung links.)

durch solche Bestimmungen sabotieren will, um nachher sagen zu können, die bürgerlichen Gerichte hätten sich nicht bewährt.

Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.): Warum wird dieses Gesetz wie so viele andere übers Anie gebrochen.

Abg. Dr. Hall (Dem.): Der Abg. Dohna hat das Bedürfnis gefühlt, die Entgleisungen Kahl's zu revidieren.

Segen der Erde.

Roman von Anut Samjun.

Wie stand es mit der Kartoffel? War sie nur eine Kaffeekornart aus fremdem Lande, die entbehrt werden konnte?

Aber jetzt mußte es auch für die Kartoffel. Unabhängige Male am Tag sah Jaf nach dem Himmel.

Jetzt hatte die Trockenheit schon sieben Wochen gedauert und die Hitze war sehr groß. Die Kartoffel stand in all dieser Zeit in voller Blüte.

Jnger schaute zur Tür hinaus und sagte: „Nun werden wir ja sehen!“

raschen Eingreifen. Die Wahlen will Herr Dietrich jetzt erst im Oktober haben.

Präsident Fehrenbach: Meine Herren! Den Lärm von gestern habe ich heute noch in den Ohren.

Abg. Hall (Dem.): Wir beantragen Ausschußberatung.

Abg. Seeger (U. Soz.): Das Gesetz entspricht noch lange nicht unseren Forderungen.

Reichsjustizminister Bland:

Was Graf zu Dohna gesagt hat, war zum großen Teil wohl noch

der Rest von dem Schmutzkegel,

den gestern der Abg. Dr. Kahl über mich entleert hat. (Sehr richtig! bei den Dem.)

wie 15 zu 1

gegenüber den Friedensverhältnissen. Der Personalmangel führt zu den größten Mängeln.

Abg. Schulz (Dnat.): Wir haben schwere Bedenken gegen die Vorlage.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Ich habe gestern bemerkt, der Ton einer Rede ist abhängig vom Bildungsgrad.

Der Gesegentwurf geht an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Die Änderung der Schaumweinsteuer auf 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine auf 3 M. wird angenommen.

Ein Antrag des Ausschusses für Wohnungspolitik, der einheitliche Maßnahmen zur Regelung der Produktion, der Verkaufung und Bewirtschaftung von Baustoffen fordert, wird angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesegentwurfs über die

Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele.

Abg. Eude (Dem.): Die Abneigung gegen das Kino ändert sich hauptsächlich auf die Filmreklame, die in der Tat zu vielen Bedenken Anlaß gibt.

Abg. Frau Weber (Str.): Die Rationalversammlung kann am Kino nicht vorbeigehen.

Abg. Frau Wendt (D. Sp.): Wir erhoffen von dem Gesetz, daß es die Darbietungen des Films verbessert.

Abg. Krüger (Soz.):

Die Kinoindustrie hat bereits eine Selbstzensur geschaffen, diese hat aber nicht den Erwartungen entsprochen.

der Nacht einmal hinausging, um nachzusehen, war der Himmel blau.

„Ach, du lieber Gott im Himmel!“ sagte Jnger.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

Republik sein. Ein Filmverbot darf nur den Zweck haben, das Volk vom Schmutz und von Brutalitäten zu befreien.

Frau Aug. v. Biele (Dnat.): Der Film in seiner heutigen Gestalt wirkt der sittlichen Wiedergeburt unseres Volkes entgegen.

Abg. Düwel (U. Soz.): Wir erkennen an, daß gegen die Wünsche im Film irgend etwas geschehen muß.

Nach § 3 bedürfen Bildstreifen, zu deren Vorführung Jugendliche unter 18 Jahren zugelassen werden sollen, besonderer Zulassung.

Frau Rief (U. Soz.) erklärt sich dagegen. Die Filmindustrie muß sozialisiert und kommunalisiert werden.

Abg. Krüger (Soz.): Die Selbstzensur ist die schärfste Zensur, die es gibt.

§ 8 mit dem Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung eines unabhängigen Antrages auf Vorlegung eines Gesegentwurfes über die Sozialisierung der Bildstreifenherstellung angenommen.

Freitag 1 Uhr: Kleine Vorlagen, z. B. Aufhebung der Vor-

Die Waffenablieferung.

Reichswehrminister Dr. Geßler hat in der Wehrhochschule nicht gesagt, daß 60 000, sondern daß 16 000 Gewehre im Ruhrgebiet abgegeben worden sind

Groß-Berlin

Die Gefesselten.

Besuch im Fernsprechamt.

Die Berliner Telephonbetriebe sollen nicht mehr grundlos schimpfen. Die Postverwaltung will sie dazu erziehen.

Für die Kartoffeln mühte dieser Regenschauer nichts; die Tage kamen und gingen. Der Himmel war blau.

„Du wirst sehen, es hilft den Kartoffeln noch auf.“ — „O ja“, antwortete Jnger tröstend.

Und dann sah es allmählich besser aus; jeden Tag fiel ein Regenschauer, das Gras wurde wieder grün wie durch Zauber.

Sie machten sich an die Kartoffelernte und wurden nach alten Verfahren bis Michaelis damit fertig.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

„Nun, dann wird morgens auch dein letztes Laub trocken,“ sagte sie und tröstete so gut sie konnte.

(Fortf. folgt.)

über unsere Faulheit und unsere Schlampigkeit gefälligst zu korrigieren".

Unter einer großen Tür geht Brodeln und Klüffern. Es hört sich an, als sprächen viele Menschen zusammen über eine sehr geheime Sache. Es klirrt dazwischen, klappert und knackt. Nein, es ist keine neue Verschwörung: es ist der Saal, in dem die glücklichen und die unglücklichen Verbindungen hergestellt werden. Da sitzen die kuschelbaren Fräulein gefesselt zu beiden Enden eines riesigen langen Scharfens. Sie sitzen auf einer Art Estrade auf kleinen Stühlchen wie Leidensgenossen, dicht vor sich den kalten Schrank, in dem es knackt und arbeitet. Lämpchen glühen auf und die kleinen Hände der Fräulein arbeiten wie Automaten. Es gibt keine Pause und es gibt keine Erholung. Berlin spricht und hat keine Zeit. Berlin will rasch verbunden sein und seine Schmerzen los werden. Sonst schimpft es auf die Fräulein, die mit geknickten Köpfen hinter ihren schwarzen Scharfen sitzen. Schnüre lösen, neue Verbindungen herstellen und monoton Zahlen wiederholen müssen. Immer — immerfort, jedesmal sechs Stunden hintereinander mit kurzen Ruhepausen, den nächsten Tag wieder und alle Tage, immer mit dem schwarzen Schrank vor Augen, in dem es kribbelt und von tausend Wänden bebzt.

Ah, die Fräulein sind junge, junge Menschen. Und der Saal hat große Fenster, durch die das Licht des Frühlings hereinströmt und draußen viele grüne Blätter und werdende Kastanienblätter umschweift. Ah, die jungen Menschen sind festgefesselt durch lange Schnüre mit den Ohren Berlins. Die Teilnehmer erlauben es nicht, daß sie sich drehen und nach dem Frühling sehen. Die Teilnehmer haben Luchsohren und vernehmen, daß das Fräulein von Schrank 11 zum Fräulein von Schrank 12 flüstert:

"Es war gestern ein so schöner Abend." O, der lachende Teilnehmer. Jetzt weiß er, warum nicht verbunden wird. Jetzt hat er Grund zu schimpfen und alle Beschwerden stellen in Bewegung zu setzen.

Es war ein guter Gedanke, die Teilnehmer in diesen Saal zu laden. Die Gerechten werden nicht umhin können, die Arbeit der gefesselten jungen Mädchen hinter diesem schwarzen Schrank mit ihrer eigenen Arbeit zu vergleichen, aber — nein, sie sagen es nicht laut, welche mehr Entfaltung verlangt.

In verschiedenen Berliner Fernsprechämtern werden zurzeit, wie wir erfahren, Anlagen eingebaut, nach deren Fertigstellung eine vollständige Umwandlung des Pauschalpreises im Berliner Fernsprechwesen in ein Zahlsystem vorgenommen werden soll. Man denkt an Gesprächszähler, ähnlich wie die Elektrizitätszähler im Beleuchtungswesen. Man hat sich zu dieser Maßnahme genötigt gesehen, da nach einer Statistik der in Großbetrieben geführten Gespräche auf das Einzelgespräch nach Maßgabe des augenblicklichen Tarifs noch nicht 1 Pfennig kam.

Zusammenbruch der Parkverwaltung?

Der Berliner Magistrat sieht sich zu der folgenden sonderbaren Ankündigung veranlaßt: Aus wirtschaftlichen Gründen sieht sich die Berliner Parkverwaltung leider gezwungen, die Pflege der gärtnerischen Anlagen auf einem Teil der Straßen und Plätze bis auf weiteres einzustellen. In erster Linie werden von dieser Maßnahme die Anlagen betroffen werden, deren Unterhaltungskosten in keinem Verhältnis zu der Wirkung der Anlage stehen. Die Parkverwaltung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bürgerchaft ihrer aus der Not der Zeit geborenen Anordnung Verständnis entgegenbringen wird, selbst wenn das Auge nicht immer auf seine Kosten kommen sollte und an manchen Stellen das gewohnte ansprechende Bild schmerzlich vermissen wird.

Die ganze Nachricht wäre mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Entweder die Stadt Berlin unterhält eine Parkverwaltung, deren einzige Aufgabe es ist, alle städtischen Gartenanlagen zu pflegen, oder sie ist nicht mehr in der Lage, die Mittel dafür aufzubringen, wobei dann die ganze Parkverwaltung zu existieren aufhören müßte. Wie es scheint, trägt man sich mit dem Gedanken, aus einer Reihe von städtischen Anlagen Gestrüpp und Urwälder werden zu lassen. Die Stadtverordneten sollten sich schleunigst mit dieser seltsamen Angelegenheit beschäftigen.

Pflegefrauen heraus!

Die städtische Waisendeputation erklärt folgenden Aufruf: Eine starke Steigerung der Geburtenzahl ist in den letzten Monaten eingetreten und darf als erfreuliches Zeichen des wiederkehrenden Lebensmutes unseres Volkes betrachtet werden. Der Geburtenanstieg ist so groß, daß Waisenhäuser, Kinderasyle und Säuglingsheime, die in den Kriegsjahren nur wenig belegt wurden, bereits überfüllt sind. — Leider ist ein Verfallsstand in Vergessenheit geraten, der die sorgende Pflege des Elternhauses oft besser ersetzt, als die Anstaltspflege, der Verfall der Pflegefrau. Infolgedessen stößt die Ausgabe der Kinder aus den Anstalten in die Familienpflege. Es sei deshalb an die Freunde erinnert, die die Pflegefrau hat, wenn sie einem heimatlosen, an seinem harten Geschick schuldlosen Kinde die Mutter erzieht; es sei aber auch darauf hingewiesen, daß mit dieser heilsamen Freude materielle Vorteile einhergehen. Die Stadt Berlin zahlt je ein Pflegegeld:

Jähr genehnde Säuglinge	120 M.
Kinder im 1. Lebensjahre	90
" " " " " " "	80
" " " " " " "	70
" " " " " " "	60
" " " " " " "	50

Zahlreiche Meldungen von Pflegefrauen sind erforderlich, um alle die mutterlosen Kinder zu betreuen. Meldungen nimmt entgegen das Waisenamt, Alte Jakobstr. 33-35.

Erhöhung der amtgerichtlichen Zuständigkeit. Von Bedeutung für das Rechtsleben ist das von der Nationalversammlung in der Sitzung vom 20. v. M. angenommene Gesetz, das die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche von 800 Mark auf

1200 Mark erhöht. Das Gesetz tritt bereits am heutigen Tage in Kraft.

Nur bis zum 30. September soll, wie die zu unserer Notiz: „Die Höchstmieten endgültig festgesetzt“ erfahren, die vom Wohnungsverband herauszugebende Verordnung gelten.

Postverbindung Hamburg — New York. Mit den ungefähr wöchentlich von Hamburg nach New York abgehenden Frachtdampfern der amerikanischen Fern-Dampfschiffahrts-Gesellschaft können fortan gewöhnliche und eingeschriebene Frachtbriefe jeder Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika und weiterhin besördert werden. Die nächsten Abfahrten sollen etwa am 14., 21., 28. April usw. stattfinden. Die Sendungen müssen den in die Augen fallenden Vermerk „über Hamburg mit Fern-Dampfer“ tragen. — Der Fernverkehr Deutschland — Italien ist seit kurzem aufgenommen worden. Leider steht die Einrichtung vorläufig nur stundenweise zur Verfügung, da San Paolo bei Rom, die italienische Regenstation für die deutsche Hauptpoststelle Königs-Bustierhausen, durch anderen Verkehr stark in Anspruch genommen ist.

Schieber unter sich. Die Berliner Gold- und Silberschieber machen auch unter sich keine Ausnahme, wenn es gilt, sich durch Erpressungen Gold zu verschaffen. Ein Händler Saphir aus der Drognerstraße wollte seine 15 und 17 Jahre alten Töchter mit Gold- und Silbergeld nach Frankfurt a. M. schicken, um es dort an eine Schieberzentrale abzuliefern. Auf dem Anhalter Bahnhof aber fielen die beiden Mädchen einem Erpresser in die Hände, einem Leo Dubitzki aus der Rudolfstraße, der den Bahnhof schon länger unsicher machte und alle Gold- und Silberschieber und ihre Angehörigen kannte. Die jugendlichen Mädchen, von denen er wohl dachte, was sie mit sich führten, sollten ihm erst ihren Tribut leisten, bevor er sie abfahren ließ. Für den Fall der Weigerung drohte er mit Anzeige. Die Mädchen wollten ihm 20 M. spenden. Das war aber dem Erpresser zu wenig. Durch die Verhandlungen wurden Kriminalbeamte aufmerksam, die nun alle drei nach der Wache brachten. Der Erpresser wurde in Untersuchungshaft genommen, die beiden Mädchen von einer Beamtin gründlich untersucht. Es ergab sich, daß sie für 7000 M. Behn- und für 5000 M. Zwangsmarktfüße verborgen hatten. Das Geld wurde beschlagnahmt. Hehlich erging es kurz vorher zwei Geschwister, wo der Erpresser aber rechtzeitig flüchtete.

Erwerbslosenfürsorge im Monat März. Während noch am 28. Februar die Gesamtzahl der in Berlin unterstützten Erwerbslosen mehr als 47 000 betrug, stellte sie sich Ausgangs März auf nur wenig mehr als 44 000 (davon rund 38 000 männliche und 6000 weibliche). Der Abgang an Erwerbslosen im Laufe des März betrug insgesamt rund 10 000 (davon rund 8000 männliche und 2000 weibliche). Der Zugang im März stellte sich auf rund 7000 (davon rund 6200 männliche und 800 weibliche). Von den 44 000 Erwerbslosen waren rund 24 700 organisiert. Seit April v. J. und länger waren Ausgangs März ca. noch arbeitslos 4678 männliche und 573 weibliche Personen.

„Vorwärts“-Nummern gesucht. Auf unsere Notizen sind uns von verschiedenen Seiten Zeitungen zugesandt worden, für die wir den Einsendern nochmals unseren Dank aussprechen. Es fehlen uns nunmehr zur Vervollständigung nur noch die in der Zeit vom 1. bis 25. Juli 1914 erschienenen „Vorwärts“-Nummern. Für deren Ueberlieferung wären wir dankbar und erstatten die Kosten gern zurück. Die Einfindung kann als Drucksache unter Streifenband wegen Postortiparnis geschehen.

Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung. In Uebereinstimmung mit der Deputation der höheren Schulen wurde beschlossen, die an der Oberrealschule am Hindenburg-Park bestehenden Parallelklassen zum 1. April abzutrennen und zu einer neuen Realschule zu vereinigen. Der vorläufig ermittelte Aufschlag für die neue Anstalt im Jahre 1920 von 81 000 M. wurde in erster und zweiter Lesung bewilligt. Nach den in Berlin stattgehabten Verhandlungen zwischen den Arbeiterorganisationen und den Vertretern der Stadtgemeinde Groß-Berlin wurde ein bis zum Abschluß des neuen Lokontariffs geltendes Provisorium vereinbart: Die städtischen Arbeiter erhalten vom 1. April 1920 ab, in Anrechnung auf die vom gleichen Zeitpunkt ab festzusetzenden neuen Löhne, eine nicht rückzahlbare laufende Zuerkennungszulage von monatlich 140 M. für Ledige unter 18 Jahren, 200 M. für Ledige über 18 Jahre, 215 M. für Verheiratete ohne Kinder, für jedes zu versorgende Kind bis zum 16. Lebensjahre 30 M. Diese Sätze treten an Stelle derjenigen Zuerkennungszulagen, die den Arbeitern der Groß-Berliner Gemeinden für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März bewilligt worden sind. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte ferner der Beschlusse des Magistrats vom 10. April betreffend die Bewährung einer Zuerkennungszulage an die städtischen Arbeiter ab 1. April in Anrechnung auf die vom gleichen Zeitpunkt ab vorzunehmende Neueinrichtung der Löhne der städtischen Arbeiter in erster und zweiter Lesung zu und genehmigte die hierzu erforderlichen Mittel von monatlich 185 000 M.

Briq. Bewilligung der Milch für werdende und stillende Mütter. Nach einem Beschluß des Gemeindeparlamentes kann bedürftigen werdenden Müttern vom 8. Monat ab und bedürftigen Wöchnerinnen, die regelmäßig die hiesige Säuglingsfürsorgestelle, Werder Str. 54, aufsuchen, bzw. deren Kindern bis zum vollendeten 2. Lebensjahre ein Zuschuß von 40 Proz. zu den Beschaffungskosten für Milch gewährt werden. In Fällen besonders großer Bedürftigkeit sollen die Kosten ganz aus Gemeindegeldern bestritten werden. Die Anträge sind zunächst beim Gemeindejugendamt zu stellen.

Auskunfts- und Beschwerdestelle in Neuhöll. Die von der Stadtverordnetenversammlung Neuhöll im alten Rathaus, Berliner Straße 62/63, Erdgeschoß, Zimmer 463, eingerichtete Auskunft- und Beschwerdestelle ist jetzt auch an jedem Mittwoch nachmittag von 5-7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Stadtverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerchaft in städtischen Angelegenheiten entgegenzunehmen.

Lichtenberg. Für die Mitglieder der Elternbeiräte veranstaltet die Lichtenberger Volkshochschule in diesem Arbeiterviertel eine Reihe von Vorlesungen. Der rege Besuch folgender Kurse wird empfohlen: „Sexualhygiene“, Dr. Bloch — 8mal: Donnerstags, abends 8-10 Uhr, im Zahn-Realgymnasium, Marktstraße 2/3. Beginn: 6. Mai, Hörsaal 8 M. „Hygiene der Fortpflanzung“ (mit Lichtbildern), Dr. Gausein — 8mal: Mittwochs, abends, 8-10 Uhr, im Cecilien-Bezirk, Rathausstr. 8. Be-

ginn: 28. April, Hörsaal 4, 80 M. „Große Erzähler“, Dr. D. B. w. e. n. s. t. e. i. n. — 8mal: Donnerstags abends 8-10 Uhr im Cecilien-Bezirk, Rathausstr. 8. Beginn: 29. April, Hörsaal 4, 80 M. „Probleme der sittlichen Lebenskunde“, Dr. O. u. e. h. l. — 8mal: Freitag abends 8-10 Uhr im Zahn-Realgymnasium, Marktstr. 2/3. Beginn: 7. Mai, Hörsaal 8 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 16. April:

- Nachung, Buchdrucker S. P. D.! 8 Uhr pünktlich, da um 7 Uhr der Saal bereits geräumt sein muß, Versammlung aller Betriebsvertrauensleute, Generalversammlung delegierten und Betriebsräte im „Schultheiß“, Neue Jakobstraße.
- Nachung, Justizbeamte! Am heutigen Tage findet für alle Justizbeamten eine sehr wichtige Versammlung statt. Versammlungsort: Wilhelmshof, Wilhelmstr. 111, Ecke Anhalterstraße (Spiegelgasse).
- Verbandsrat für Post und Telegraphie, Gruppe 10, 8 Uhr im Lokal E. Schmidt, Teilmeyer Str. 18: Vertrauensmänner-Versammlung.
- Jugendlit. Vereinigung (S. P. D.) 8 Uhr Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 2 — Ortsgruppe Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Gefängnisaal der Hindenburg-Schule, am Seepark: Literarischer Abend.
- Postamt. Generalversammlung: 7 Uhr in der Aula der S. Gemeinde-Schule, Seemannstraße.
- Niederhohenhausen, 7 1/2 Uhr im „Wilhelmshof“, Kaiser-Wilhelm-Str. Eigenstr.: Funktionär-Sitzung. Rennewahl des 1. u. 2. Vorsitzenden.
- Müggental-Bezirksrat, 7 1/2 Uhr bei Marg: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Volkswirtschaft und politische Lage. Referent: G. n. o. s. s. e. D. a. n. e. r.
- Morgen, 17. April: 20. Abt. 7 1/2 Uhr bei E. Burg, Prenzlauer Allee 189. Konferenz aller Parteifunktionäre.
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Generalversammlung 8 Uhr im Dortheenbühnen-Realgymnasium, Dortheenstr. 12. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes. Arbeit der Reaktion gegen sozialistische Lehrer, Dr. Stöjel. Wir und die Schulen.
- Reglig. Bezirksabend für den 6. Bezirk, 8 Uhr, bei Weiler, Beverstraße.
- Schmargendorf. Generalversammlung, 7 Uhr, im Schützenhaus.

Jugendveranstaltungen.

Generalversammlung. Sonntag, 18. April, vorm. 1/10 Uhr im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 14. — Charlottenburg. Freitag, 16. April: Diskussionsabend. — Gernsdorf. Sonntag, 18. April: Vortrag: „Wie sollen wir wandern“. — Neudölln. S. P. D. Freitag, 16. April: Vortragsabend: Dichtungsabend. — Schöneberg. Freitag, 16. April: Vortrag: „Wie wir wandern“. — Tegel. Freitag, 16. April: Internationale Jugendbewegung. — Treptow-Baumsculeweg. Freitag, 16. April: Diskussionsabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arb.-Radik.-Band „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin, II. Abteilung. Sonntag, 4 Uhr, Agitationstour nach Werder. Start Schöneberg. Arbeiter-Wilhelm-Bezirk. Morgens 6 Uhr nach Baumund, nachm. 1 Uhr nach Wannsee. Start Berlin S. Panamapromenade 18. — Verband sozialistischer Lehrer von Groß-Berlin. Generalversammlung Sonnabend, den 17. April, abends 8 Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 109. 1/1, Stunden vorder Fraktionssitzung der S. P. D.-Mitglieder. — Bund religiöser Sozialisten. Öffentliche Versammlung heute 1/8 Uhr, in der Aula der Altschule, Kochstraße 65. „Was will der Bund religiöser Sozialisten?“ Referent: Die Genossen Gähner, Dehn, Ernst von Gornow, Bernhard Göring.

Sport.

Ausschluss der Ausländer. Zu den Reglements für die Flachrennen und Rennen mit Hindernissen im Preussischen Staate ist ein § 24 o mit folgendem Wortlaut eingeführt: „Pferde im Besitz belgischer, englischer oder französischer Staatsangehöriger sind von der Teilnahme an öffentlichen Rennen ausgeschlossen, solange Pferde in deutschem Besitz zur Teilnahme an belgischen, englischen und französischen Rennen nicht berechtigt sind.“

Briefkasten der Redaktion.

Neber für den Briefkasten bestimmten Anfragen füge man einen Aufkleber und eine Nummer bei. Persönliche Auskunft wird nicht erteilt. Gütige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

W. G. Neuhöll. 1. Albert Dorn, O. 17, Bildhauerstr. 10. 2. Kreisgemeinschaftlich oder politisch organisierter Arbeiter und Angestellte. 3. Dienstmannschaft. — H. 39. Bei der Post. — Nr. 100. Uns sind solche Firmen nicht bekannt. Um Abfragen ist der Markt hierfür mehr denn je erforderlich, da sich nur hervorragendes einen Verleger findet. — H. 77. Wenden Sie sich vor Auswanderung an das Reichsauswanderungsamt, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 61; dort erhalten Sie zweimonatliche Auskünfte.

H. 7. 100. 1. Rein. 2. Alle Sachen des Bruders gehören zum Nachlass. — G. 50. 1. Aufen Sie das Mietvertragsamt an. Wenden Sie sich an den Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge. — 66. Die Zuschläge werden demnächst veröffentlicht. Nehmen Sie Zahlung ab, event. müssen Sie das Mietvertragsamt anrufen. — H. 30. 1. Verlassen Sie es. 2. Nicht bekannt. — H. 88. Die Grunderwerbsteuer beträgt 4 Proz. Hierzu kommen noch die Zuschläge, die bis zu 2 Proz. betragen dürfen. — G. 91. 107. 1. Ertragssteuerordnung. 2. Buchführung. — G. 83. 1. Verlangen Sie Herabsetzung der Miete. 2. Wenden Sie sich an Ihren Kruppenteil. — H. 46. Ja. — H. Schulz 888. Für den Unfall können Sie niemand verantwortlich machen. — J. G. 59. Sie und die Kinder. — G. A. Deckerstr. 1. Bei eintretender Dunkelheit sind die Treppen zu beleuchten. 2. 8 Uhr. — H. E. 7. Wenn Jinsen vereinbart sind, sonst nicht. — H. H. 500. 1. Wegen der Gründung des Wahlvereins erfahren Sie näheres von der Magdeburger Volkshilfe. 2. Wenden Sie sich an den Kreisarzt. — G. A. 7. Ja. — H. 25. Sie können nur das verlangen, was Ihnen vertraglich zusteht. Verlangen Sie die Gewährung auf Zahlung Ihres Guthabens. — H. R. 4. Rein. — G. 73. Beim Volkspräsidium mit ausreichenden Ausweispapieren Vorstellen lassen; Wium der Schweizerischen Gesellschaft erforderlich. 2. u. 3. Können wir nicht angeben, weil die neuen Fahrpreise noch nicht bekannt. — G. 24. Berlin, Lindenstr. 31 b. — H. K. 13. Die Unterzeichner legen die Genertlichkeiten aus. Wir haben um Angabe der Bezeichnungen erucht. — W. 2. 36. Rein; nur für die Dauer der Erwerbslosigkeit.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Fortdauernd warm, meist bewölkt, mit Regenschauern und starken Südwestwinden.

Achtung! Tiefbau. Achtung!

Am Freitag, den 16. April, abends 6 1/2 Uhr, in den Prachtzalen, Moabit, Wieleffstraße 24:

Öffentliche Versammlung aller im Tiefbaugewerbe beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:

Stellungnahme der Tiefbauarbeiter zu dem ablehnenden Verhalten des Reichsverbandes f. d. deutsche Tiefbaugewerbe Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung darf kein Tiefbauarbeiter in dieser Versammlung fehlen!

Deutscher Bauarbeiter-Verband. / Zentralverband der Zimmerer. Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Grammophon-Platten pro Kilo 19 M. sowie Wachswalzen auch zerbrochene, kauft höchstzahlend **Metalikontor W. John, Gegr. 1903. SW. 68, Alte Jakobstr. 180.** Tel. Moritzplatz 1235. Geschäftszeit 9-4 Uhr.

An- u. Abfuhr für Material und Kots vregibt **Gesellschaft f. Hoch- und Tiefbau, Siedlung, Wilmersdorfer Str. 2.**

Schnellaufbohrer Schnelbohrer. Naturstahl, Fräser, Reibhaken, Gewindebohrer. Preisliste auf Anfrage. **Handler Extrapreise. Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22.** Metallbetten Stahlbetonbetten, Kinderbetten. Polster an Isbermann, Rasthof f. Eisenmöbelabrik, Suhl in Thür. 68/15

!!! Geld !!! für jede Wertpapiere, Adressen, Ankaufspreise für Wandpapiere, Briefmarken, Goldgegenstände, Leinwand, Bilder usw. **Wolff, Friedrichstr. 61 III. Och-Rocher**

Nervöse! Störungen u. Erkrankungen des Verdauungsapparates, Schlaflosigkeit, nervöse Magen- u. Herzerkrankungen, Reizhusten, „Halbmann“ (reine Phosphorsäure), ein ungemein beruhigendes, heilung wirksames Spezmittel, die natürliche Heilmittel f. b. **Reinhold, 730. Otto Reidel, Berlin 48, Offenbachstr. 4.**

Kupfer — Messing Quecksilber — Blei — Zink zum höchsten Tagespreis **Schulzendorfer Str. 2.**

Ell-Angebot für Parteivorstände zur Maifeier 1920! Anstreichfarben, Rosetten sowie Anstreichkanten mit sozialistischen Abzeichen. Mustersatz g. Nachdruck durch Togo-Vertrieb Gotha 2

Spezialarzt Dr. med. Grütering Haut-, Harn-, Unterleibsleiden. b. Männ. u. Frauen, Blutunter. **Invalidenstraße 33, Ecke Chausseestr., Stett. Bkt. Spr. 11-1 u. 4/2-6/2. Sonnt. 12-1.**

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Der Barbier v. Sevilla.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus.
Die Räuber.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.

6 1/2 Uhr: **Faust I.**
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Dame Kobold.
Kammerstücke.

7 1/2 Uhr: **Stella.**
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Stella.

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7: Der weiße Heiland (I. A., I. A.)
Sonnabend 7 Uhr: Der weiße Heiland (2. Abt., I. A.)

Königsgrätzer Straße
1/8 Uhr: Schloß Wetterstein
Sonnabend: König Nicolo.
Sig.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
1/8 Uhr: **Minister**
(Max Fallenberg)

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer.
Fritz Massary, Otto Storm, Hans Wassmann.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: **Die Fledermaus.**
Die Tribüne

7 1/2 Uhr: **Franziska.**
Eden-Theater.

7 1/2 Uhr: **Die Dollarprinzessin**
Sonnt. 3 Uhr: „U. A. W. E.“
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7 1/2 Uhr: **Evchen**
Humbrecht

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr: **1913.**
Komische Oper

7 1/2 Uhr: **Wenn Frauen träumen**
Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
Arnold Rieck in

7 1/2 Uhr: **Zwangseinquartierung.**
Metropol-Theater.

7 Uhr: **Sybill.**
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Charleys tante m. Thielscher
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in

7 1/2 Uhr: **Die kleine Hecht.**
Stg. 3 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus
Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: **Das Paradies**
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: **Flachsmann als Erzieher**
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Amor auf Reisen**
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:

Der Fliegende
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Die Frau im Hermelin**
Stg. 3 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.
Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Stg. 3 1/2 Uhr: Geisha m. Mia Werber
Vorletzte Vorstellung.
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: **Der Rastelbinder**

Trion-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Myrrha
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonnabend 4 Uhr, kleine Preise:
Herrschaftl. Diener ges.

Residenz - Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann.
Sonnabend 4: Rockäppchen.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Folies Caprice
Eck. Friedrich- u. Lindenstraße
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau
Zwangseinquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Gröneck
in den Hauptrollen.

Casino-Theater
Lothringerg. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Der neue Possenschlager:

Sin aller Sünder
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Alex. Stamer, Komiker.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Onkel Moritz.

Theater am Kottbuser Tor
Tel. Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Stille-Sänger.
Horst, Russell,
R. Schröder, Seidel,
Schubert, Riess,
Rathke, B. Walden,
Engenbeckers-Gast
Sonnt. nachm. 3 Uhr.
ermäßigte Preise.
u. Bühgen-Konzert u.
Beginn 7 1/2 Uhr.

Vorverk. 11-12 Uhr. 4-6 Uhr.

Animals-Palast.
Flirt in St. Moritz
7 1/2 Uhr:

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Gyges und sein Ring.

Lessing-Theater.
Pygmalion.
7 1/2 Uhr: Pygmalion.
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Pygmalion.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich
7 1/2 Uhr: **Menagerie**
(Adalbert, Götter, Haack, Kon-
schwewska, Fischer, Morgan,
Herrmann.)

APOLLO
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein
Das Welt-Rätsel

Afra
Die einz. Gedanken-
leserin der Welt.

Vorsicht bei
Gesprächen
Telephonfreuden mit
Valy Arnheim
Marga Lindt
& Arkonis
Sensations-Akrobat.
und weitere April-
Varieté-Sensation
Sonntag 3 1/2 Uhr
Erwachs. 1 Kind frei

Winter-Garten
Täglich 7.30 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Lied der Liebe.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Seilman
3 Uraufführungen 2

Richtet nicht..
Filmschauspiel in 4 Akten
Hauptrolle:
Margarete Kleinrhuby
vom Münchener National-
theater.

**Nacht-
bekanntschaft.**
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Albert Paullig.

BIL
Potsdamer Str. 35
Der Hirt von
Maria Schnee
Turmstr. 12
Die Herrin d. Welt
& Teil.
Alexanderplatz-Passage
Bruno Kastner
in Allerseelen.
Friedemann, Rheinstr. 14
Asta Nielsen
in Graf Sylvalns Rache

Circus Busch
Heute sowie tägl. 7 1/2 Uhr:
Das neue April-Prgr. I
und zum Schluss:
„Der Wildlieb“
in 5 Akt. u. 1 Apotheose.
Die Wunderfontäne
und ihre Geheimnisse.
Stg. 3 1/2 ein eig. Kind frei.
Ebenf.: Der Wildlieb

Adi-Haus
Taubenstr. 34 - Ztr. 1052

Käte Blank
Eugen Mack
Cilli Pronio
Heinz Hertwig
Pip u. Edita
Henry Wolf
Liesel Eve
Paul Rückmann
Käthe Esten
2 Pohleys
Adi Liebans
Meisterquartett
Adolf Diebau

11. Weine, 11. Küche
Mocca, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 • Hochbahn Bülowstr.

Der Narrentanz
der Liebe
Fritzi Massary
Verklebte Liebe.

UFA
Lichtspiele
TauentzienPalast
- 3. Woche -
Die Tänzerin Barberina
nach dem gleichnamigen Roman
von **Adolf Paul**
Für den Film in 7 Abteilungen
vom Verfasser bearbeitet

Lyda Salmonowa

Titel-
rolle:
Wechentags 17 und 8 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

A. BRAUN:

**Geldrevolution
und Arbeitslohn**

Was hat man
geflucht, was haben die
besten Leute der deutschen Ar-
beiterbewegung darunter gelitten, daß
die Revolution zu einer allgemeinen Lohnbewe-
gung zu werden drohte. Aber heute sieht man ein, daß
die ununterbrochene Entwertung des Geldes den Arbeitern den
Kampf um die Lebenshaltung immer wieder von neuem aufgewungen
hat. Die Aussichtslosigkeit aller mühevollen und opferreichen Lohnkämpfe
der letzten Zeit wegen der ständig wachsenden Geldentwertung, die auch
die größten Lohnerbhöhungen nicht zu einer besseren Lage der Arbeiter
und Angestellten auswirken läßt, macht neue Methoden der Lohnre-
gulierung zur gebieterischen Notwendigkeit. — Adolf Braun, der sich seit
Jahren mit diesen Problemen befaßt, erklärt eingehend in seinem Werk

Geldrevolution und Arbeitslohn
warum der Arbeitslohn, rein in Geld ausgedrückt, eine ständig wachsende
Unsicherheit für die wirtschaftliche Existenz der Angestellten und
Arbeiter hervorruft. Das Problem der gleitenden Löhne beschäftigt heute
Engländer, Franzosen wie Deutsche und Oesterreicher.
Preis M. 1,80, Teuerungszuschlag einbezogen.
Organisationen bei Massenbezug Ermäßigung.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 2

UFA
THEATER

U.T. KurlOrstendamm 26

Patience
Schauspiel in 6 Akten
In den Hauptrollen:
Jemgard Bern / Adele Sandrock / Conrad
Veidt / Wilhelm Diegelmann / Felix Basch

Mozartsaal am Nollendorfplatz

**Die Abenteuer der
Marquise von Königsmark**
(Aus dem Leben einer Geheimgagentin)
6 Akte mit
Dagny Servaes / Violetta Napierka
Heinrich Schroth / Albert Patry

Leo, der Entführer
Schauspiel von Oskar Blumenthal mit
Leo Peukert

Kammerlichtspiele
am Potsdamer Platz

Kohlhiesel's Töchter
Lustspiel mit
Henny Porten
Emil Jannings
Regie: Ernst Lubitsch

U.T. Nollendorfplatz 4
U.T. Friedrichstraße 180
U.T. Alexanderplatz
U.T. Weinbergsweg 16

Indische Rache
5 abenteuerliche Akte von
R. Liebmann u. Georg Jacoby
mit
Edith Meller / Harry Liedtke
Georg Alexander / Josef Peterhans
Regie: Georg Jacoby

U.T. Schöneberg, Hauptstr.

Gefesselte Menschen
Drama in 6 Akten
Hauptdarsteller:
Damen: Dorsch, Konstantin, Grüning
Herren: Kaiser-Titz, Hartmann, Diegelmann

U.T. Hasenheide 20

Die Rose des Ostens
Ein Liebesroman in 5 Kapiteln
In der Hauptrolle: Lilly Marischka

Romeo und Julia im Schnee
Lustspiel von Hanns Kräly
mit Ernst Lubitsch und
Lotte Neumann
Regie: Ernst Lubitsch

Wochentags ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus,
Karlstr. - Schiffbauerdamm
Telephon: Norden 8043.

Wiederauftreten
Paul Graetz
Oscar Sabo
Anita Berber
H. v. Wolzogen
Kurt Wolowski u. a.
Musik-Leit.: Friedr. Holländer.
Beginn 8 1/2 Uhr, Konzertbeg. 7 1/2 Uhr.

Reichshall-Theater
Wlad. 7 1/2 u. Sonntags
nachm. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger.
Reichhaltige
ermäßigte Preise

METROPOL
KABARETT
Bismarckstr. 53-54

Voranzeige!
Freitag, den 16. April,
abends 7 Uhr:
Festvorstellung
anlässlich des
50 jährigen
Bühnenjubiläums
von
Gamillo Schwarz.
Glänzendes,
verstärktes Programm
Tischbestellungen
rechtzeitig erbeten.

Schreibmaschinen!
erstklassig, leicht und verläuft.
Reparat. prompt u. billig.
Telephon Norden 12495.
Lehnitz u. Lichtenberg,
Burgstraße 20.

Kaffee
gebr. p. Pld. M. 29,50
" " " 31,25
" " " 33,25

Jones & Co.
BERLIN O 2,
Neue Friedrichstr. 47,
Norden 49/50.
Versand a. p. Nachnahme.

Residenz - Kasino Blumen-
straße 10
Sonnabend, den 17. April 1920:
Großes Baby-Strand-Fest: Anfang
7 Uhr.
Jeden Sonntag: **GROSSER BALL,** Anfang 5 Uhr.

An die Arbeit
durch die Arbeit
muß das deutsche Volk. Alle Männer und Frauen
müssen danach trachten, ihre Kräfte und ihre Fähig-
keiten zu er-
höhen, um
die Schäden und die Wunden des Krieges zu heilen. Das
beste Mittel, sein Wissen zu erweitern und damit seine
Lage zu verbessern, bietet eine umfassende Allgemein- und
fachliche Bildung. Rasch und gründlich führt die Methode
„Rustin“ (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Pro-
fessoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne
Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung
des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht.
Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kauf-
mann, Die geb. Mann, Gynäk., Realgymn., Oberrealschule,
Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrer-
prüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Acker-
bauschule, Präparand., Konservatorium, Ausführende 60 S.
starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen
im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Dr. Hoffhauer's Entfettungstabletten
Vollkommen unschädliches und erfolgreichstes
Mittel gegen Fettsucht und übermäßige
Korpulenz, auch ohne Eibanden einer bestimmten
Diät. Keine stark wirkenden Arzneimittel, keine Schäd-
liche enthalten.

Nicht abführend. — Leicht bekömmlich.
Gratis-Broschüre versendet auf Wunsch

Elefant-Apotheke, Berlin SW. 19
Ant. Zentrum 7192. Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz)

Metalleinkaufsstelle Osten
Stallschreiberstr. 50/51 zahlt stets höchste Tages-
preise für sämtliche
Altmetalle, Quecksilber, Roßhaare

Telephon: Aurfürst 9033

Stand - Uhren
eigene Fabrikation, nur
erstklassige Garantie-Werte,
in jeder gewünschten Aus-
führung offerieren billig

Gebr. Bötte, Uhrmacher,
Berlin, Rodstraße 11.

Telephon: Aurfürst 9033

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33. — vis-a-vis der Markthalle —
zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Stellenangebote

Arbeitersekretär gesucht.
Für das Arbeitersekretariat Neumünster 1. Holz,
wird zum baldigen Antritt ein Sekretär gesucht. Derselbe
muß mit der Sozialgesetzgebung vollständig vertraut sein.
Reflektiert wird nur auf eine tüchtige Kraft.
Gehalt monatlich 1000 M. 208/17
Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ ver-
sehen bis zum 1. Mai an d. Vorsitzenden d. Ortsausschusses
Neumünster des A. D. G.-K., Fabrikstraße 32, zu richten.

Schleifer u. Schweißler
für Fabrikation von Eisblech,
Stg. m. d. S., Kom.-Gel.
Höfig. Gnes, Neanderstr. 4.

Tüchtiger Schmelzmeister
für Fabrikation von Zinn
und Bleimetal für Freilicht
Danach gesucht. Offerten unter
T. 81 an die Hauptredaktion
des „Vorwärts“.
109/20

Zuschneiderin,
geübte, für Damenwäse,
verlangt 81/18
Dienstag & Wolff,
Dönhofsstraße 25/26.

Tüchtige, gewandte
Aufsichtsherren
sofort gesucht.

Es wollen sich nur Herren
melden, die in flotten Klein-
handelsgeschäften bereits tätig
waren. — Meldungen in der
Zeit von 12-2 Uhr mittags
oder 5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Belle - Alliance - Straße 1-2.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Bettstellen
und
Bettfedern
sofort gesucht.

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Kottbuser Damm 1.

Tüchtige
Kassiererinnen
sofort gesucht.

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft

stellt **Botenfrauen** ein in den Ge-
schäftsstellen: 146/18

Jerusalemstr. 3/6, Prinzenstr. 31, Bärwald-
straße 42, Lausitzer Platz 14/13, Steglitzer Str. 37,
Petersburger Platz 4, Grolleuhagener Str. 22, Acker-
straße 174, Wattstr. 9, Markusstr. 36, Immanuel-
kirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48. — Char-
lottenburger, Sesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101,
Tauröggener Str. 11. — Lichtenberg, Wartenberg-
straße 1, Boxhagener Str. 62. — Neukölln, Neckar-
straße 2, Siegfriedstr. 20/29. — Wilmersdorf,
Gastener Str. 12. — Reinickendorf-Ost, Provinz-
straße 56. — Treptow, Gramenz, Kleibitzstr. 412.

Werkzeug und Opfer der Verleumdungszentrale.

Politischer Hintergrund der Scheidemann-Hege.

Vor der Strafkammer unter dem Vorsitz Dr. Weigerts wurde am Donnerstag gegen den ehemaligen deutschen Agenten in Belgien, Nordfrankreich und Holland, Rhodin, wegen Verleumdung Philipp Scheidemanns und Beitrag an den Verleumdern für die erfindenen Enthüllungen verhandelt. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Gerlach, dem Nebenkläger Scheidemann stand Justizrat Werthauer zur Seite.

Der Angeklagte, den die Rechtsanwältin Dr. Allee und Dr. Juliusberger verteidigen, ist 1897 in Berlin geboren. Er ist nach Kriegsende in Not geraten, hat Vorstrafen wegen Diebstahls erlitten und ist zu 6 Wochen und 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er habe ins Ausland gewollt, sei aber in französische Gefangenschaft geraten und etwa eine Woche festgehalten worden. Als er wieder in Berlin war, habe er in den Zeitungen über den Fall Sklarz gelesen. In seiner Not sei er zu Heinrich Sklarz gegangen und habe ihm vorgelesen, daß er kompromittierendes Material gegen ihn und Popp besitze, das er veröffentlichen möchte. Sklarz habe ihm geantwortet: „Was Sie da haben wollen, ist sonnenklar! Gehen Sie doch mal zur Gegenpartei, Sonnenfeld kauft alles!“ Zu diesem sei er dann auch gegangen, und Sonnenfeld sei gleich Feuer und Flamme gewesen und habe ihm geraten, zur Zeitungs-Korrespondenz Sochaczewski zu gehen. Sochaczewski habe ihm zunächst 50 M. gegeben und auf drei Stunden später wieder bestellt. Da stelle ihm S. einen Herrn Cohn vor, der in Wahrheit der Abg. Davidsohn gewesen sei. Diesen beiden Personen habe er dann die Besichtigte von den 21 Dokumenten erzählt, die er in Dänemark dem Bringen Wittgenstein in der schon berichteten Weise entwendet habe. Davidsohn habe ihm ziemlich lange ausgefragt und auf den Hinweis, daß es sich um gestohlene Papiere handele, geantwortet: Das ist egal. Als Rhodin 20 000 M. verlangte, habe „Cohn“ ihm gesagt: „Wenn Sie solches Material gegen Scheidemann, Ebert, Brodtkorb und andere prononcierte Persönlichkeiten besitzen, dann wäre das Material nicht 20 000 M., sondern das Zehnfache wert.“ Darauf habe er versprochen, solches Material gegen Scheidemann, Ebert, Brodtkorb „und so weiter“ vorzulegen. Er erhielt wieder 50 M. Am nächsten Tage sei er zu Heinrich Sklarz gegangen, der sprachlos gewesen sei, als er hörte, daß das wertvolle Material in die Hände der Gegenpartei gefallen werde. Darauf habe er Sochaczewski antelephoniert, dieser habe ihm wieder 50 M. gegeben und ihm Herrn Rüttiger vorgestellt. Auf der Fahrt nach Hadersleben habe er festgestellt, daß Rüttiger die 20 000 Mark nicht bei sich hätte. Er habe sich in Hadersleben zunächst 1500 M. von ihm zahlen lassen und sei dann im Auto ohne Papp nach Dänemark gefahren, wo er zunächst einige Schulden bezahlte. Als er bei seiner Rückkehr nach Hadersleben Herrn Rüttiger nicht mehr vorgefunden, habe er einen Brief an Sochaczewski geschrieben, daß

alles Schwindel

sei; gleichzeitig habe er um Geld gebeten. Dann kehrte er wieder nach Berlin zurück, habe Sochaczewski antelephoniert und eine Zusammenkunft in einem Café verabredet, doch sei S. nicht gekommen. Er habe sich dann an Sonnenfeld sen. gewandt und bei diesem Baumeister gesprochen. Am Abend sei er zu Baumeister bestellt worden, habe ihm gesagt, daß die Papiere ihm von einem Agenten des Sochaczewski gestohlen sein müßten. Er habe Geld von Baumeister erhalten, die

Depschen fabriziert

und dabei teils fingierte, teils richtige Namen verwendet. In diesen Depschen und Schriftstücken sei über Scheidemann gesagt, er sei mit seinem Anteil an den „Lettzinschiebungen“ nicht zufrieden. Er habe 4-5 Tage bei Baumeister „gearbeitet“ und 50 M. pro Tag erhalten. Baumeister habe ihm auf einen Vorhalt auf die Gefährlichkeit der Sache gesagt: „Ich kämpfe schon monatelang gegen diese Schurken und den Kronstückenmacher (Rhodin) und will, daß sollte Heinrich Sklarz sein, mag das Ende sein, wie es will, ich werde schon einen Platz in einer Redaktion oder einem Ministerium finden.“ Auch sei ihm das Lob geworden: „Der Rhodin, Sie sind ja gerissen. Sie sind uns darin viel über.“ Sonnenfeld, zu dem er sich dann wieder begeben, habe ihm u. a. auch gesagt: es müßte

ein Brief von Scheidemann produziert

werden können, worin ihm hohe Belohnung für die Befestigung von Lieblinchi ausgesetzt würde. Sonnenfeld habe hinzugefügt: „Wir können ja wegen der Brotpreiskrise nichts tun.“

In der Beweisaufnahme erklärte

Oberbürgermeister Scheidemann,

daß er die Depschen und Briefe, die der Angeklagte jetzt selbst als völlig erfunden bezeichnet, inhaltlich kenne. Ich habe, so fährt Scheidemann fort, weder mit Geschäften, wie sie in diesen Briefen und Depschen geschildert werden, noch mit irgend welchen anderen Geschäften, an denen die Gebrüder Sklarz beteiligt sind, irgend etwas zu tun. Ich habe nie in meinem Leben ein Geschäft gemacht und trotzdem ist man, nachdem ich im Sommer vorigen Jahres aus bekannten Gründen mein Amt als Ministerpräsident niederlegte, über mich hergefallen und hat mich in der übelsten Weise verleumdet und angegriffen. Ich verstehe auch heute noch nicht, wie ich zu dieser Verleumdungskampagne gekommen bin, die Zeitungen brachten alle möglichen Andeutungen, die man nicht greifen konnte, kurzum, diese Dinge gingen so weit, daß ich kaum eine Minute in der Straßenbahn, Eisenbahn oder im Restaurant sein konnte, ohne daß die Leute nicht die Köpfe zusammenstießen und tuschelten. Nun hätte ich eigentlich davon Abstand nehmen können, die Gerichte mit derartigen unfürsinnigen Dingen zu behelligen, die an meinem reinen Gewissen wirkungslos abprallten, aber ich war gezwungen, dagegen vorzugehen, im Interesse meiner Familie und vor allem im Interesse meiner Parteigenossen in der Regierung, die man mit mir in einen Topf warf, wenn es sich um die lächerliche Kolportierung derartiger Gerüchte handelte. Deshalb mußte ich, sobald ein Urheber derartiger Schwäherereien festgestellt werden konnte, gegen ihn vorgehen.

Auf Fragen der Verteidiger erklärt Zeuge Scheidemann, daß er nicht sagen könne, daß parteipolitische Dinge bei der Ausprägung derartiger Gerüchte die Hauptrolle spielen, richtig sei es allerdings, daß Baumeister und Davidsohn diese Dinge sofort freudig aufgenommen hätten.

Als nächster Zeuge wird der Journalist Kurt Sochaczewski vernommen. Von Anfang an habe er Rhodin nicht recht getraut, habe sich aber gesagt, es könne immerhin etwas Wahres daran sein. In der Zeit zwischen Rhodins erstem und zweitem Besuch habe er den Oberleutnant v. Kessel von der Berliner Sicherheitspolizei benachrichtigt und ebenso den Abg. Davidsohn, Oberleutnant v. Kessel habe ihm erklärt, die Polizei würde sich der Sache annehmen, und habe auch seine vorgelegte Besörde benachrichtigt. Auf Veranlassung der Polizei sei er, Sochaczewski, dann einen Scheinlauf mit Rhodin eingegangen. Er habe dann mit Rhodin verabredet, daß dieser mit dem Leutnant Rüttiger von der Sicherheitspolizei bis zur Grenze fahren und dort die Papiere herüberholen sollte. Die hierzu notwendigen Auslagen, sowie alle weiteren Maßnahmen habe er auf Anweisung der Polizei getroffen. Rüttiger habe auf der Fahrt nach Hadersleben die 20 000 M., die dem Rhodin in der Sicherheitspolizei einhändigen, bei sich gehabt. Dann habe er, der Zeuge, von der Sache nichts mehr gehört, bis er schließlich von Rhodin einen Brief erhalten habe, in dem dieser 15 000 M. von ihm verlangte. Der Zeuge sei darauf nicht eingegangen, da er die ganze Sache nun für einen Schwindel gehalten habe. Rhodin habe sich dann an Baumeister gewandt, um dort etwas Geld zu bekommen, und habe dort sein „Material“ retou-

reniert. Bei dieser Gelegenheit habe Leutnant Rüttiger Rhodin auf den Kopf zugelegt, daß die Behauptungen, Rüttiger habe ihm die Papiere gestohlen, erlogen sei. Rhodin habe hierauf die Unwahrheit dieser Behauptung schriftlich bestätigt. Auf weiteres Verfragen erklärt der Zeuge, Rhodin habe ihm bis zuletzt nichts davon gesagt, daß alles ein Schwindel sei. Er habe ihm aber sowieso nicht geglaubt. Den Abgeordneten Davidsohn habe er kennen gelernt, als er sein Material gegen die Gebrüder Sklarz veröffentlicht habe. Gegen Herrn Scheidemann sei er direkt nicht vorgegangen. Er sei nur Gegner der Gebrüder Sklarz. An die Sicherheitspolizei habe er sich gewandt, weil ihm Oberleutnant v. Kessel seit längerer Zeit bekannt gewesen sei und weil er andere Dienststellen am Sonntag und in der kurzen Zeit wohl schlecht erreicht hätte. Der Zeuge hat, über die von der Sicherheitspolizei zur Verfügung gestellten 20 000 M. Herrn Oberleutnant v. Kessel zu vernehmen. — Justizrat Dr. Werthauer: Haben Sie dem Rhodin Geld gegeben? — Zeuge: Jawohl, die Sicherheitspolizei hatte mir die Anweisung dazu erteilt.

Zeuge Abg. Davidsohn schildert, wie in seiner Gegenwart Rhodin im Bureau Sochaczewski sich erhoben habe, Material aus Dänemark zu besorgen. Von den Angaben Rhodins interessierten den Zeugen vor allem drei Dinge: die Salvarsan-Schiebungen, die Korruption im Lager Waah bei Köln und die Angaben, daß große Mengen amerikanischen Weizenmehls in Belgien durch Sklarz in Schieberhände gelangt seien. Auch der Name Scheidemann wurde durch Rhodin genannt, spielte aber im Rahmen dieser Anschuldigungen kaum eine nennenswerte Rolle. Die Angaben Rhodins erschienen dem Zeugen als Ganzes nicht recht glaubhaft. Doch hatte der Zeuge den Eindruck, daß sich bei ihm Wahrheit und Dichtung mischte. Rhodin hat für die Beschaffung des Materials 20 000 M. verlangt. — Vorsitzender: Haben Sie dem Angeklagten gesagt, daß die Beweise für seine Angaben noch viel mehr wert seien? — Zeuge: Darauf kann ich mich heute nicht besinnen, es ist aber wohl möglich, daß ich mich in meiner damaligen Stimmung in dieser Weise geäußert habe. Unwahrheit ist jedenfalls, daß ich zuerst die Namen der Persönlichkeiten, die kompromittiert sein sollten, in die Debatte geworfen habe. Das ist von Rhodin geschehen. — Rechtsanwältin Dr. Allee: Hätten Sie denn nicht Bedenken, als Rhodin von der Reise ohne Material, das ihm angeblich gestohlen war, zurückkam? Hielten Sie es denn nicht für angebracht, Baumeister unter diesen Umständen zu warnen? — Zeuge Davidsohn: Als ich zu Baumeister kam, waren die Aufzeichnungen Rhodins schon fast beendet; ich konnte dazu nichts tun. Auf die Vertretung der Aufzeichnungen Rhodins durch Baumeister habe ich keinen Einfluß und nichts damit zu tun gehabt.

Der nächste Zeuge ist der Rechtsanwalt Baumeister. Rhodin hat ihm verschiedene Gründe angegeben, daß er das Material nicht habe beschaffen können. Baumeister hatte den Eindruck, daß es sich um eine Erpressung handelte und hat den Leutnant Rüttiger, Rhodin festzunehmen, was Rüttiger aber ablehnte. — Vorsitzender: Welches Interesse hatten Sie denn an der Sache? — Zeuge: Als Staatsanwalt hätte ich ein Interesse daran, festzustellen, was Wahres daran war. Außerdem ergab sich für mich ein Interesse an dieser Feststellung, als Namen von Parteigenossen darin genannt wurden. — Vorsitzender: Hatten Sie ein besonderes Interesse gegen bestimmte Personen? — Zeuge: Mein Interesse richtete sich gegen Sklarz, ob auch gegen Scheidemann, ist mir nicht gegenwärtig. Auf Befragen des Vorsitzenden bekennt der Zeuge, er habe schon im Oktober ein ausführliches Schreiben über die „Reise um Sklarz“ dem Untersuchungsausschuß geschickt. Bei der Uebersendung des Rhodinmaterials an den Abg. Sollmann habe er gleich darauf hingewiesen, daß er keinerlei Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen könne. — Nebenkläger Scheidemann: Ist der Zeuge nur zufällig von dem Untersuchungsausschuß als Zeuge geladen worden oder nicht deshalb, weil er eine besondere Korrespondenz geründet hatte, um Material gegen Sklarz und mich in die Presse zu lancieren? Zeuge Baumeister: Schon seit Oktober verstaube ich eine Trennung zwischen Sklarz und Scheidemann herbeizuführen und brachte einen Parteiausbruch zustande, aus dem dann der offizielle Ausschuß entstanden ist. Als dann später der ganze Parteiparat und die Korrespondenz Heilmann gegen mich in Tätigkeit gesetzt wurden, habe ich, als der „Vorwärts“ meine Erwiderungen auf die Heilmannschen Angriffe nicht abdruckte, einige Tage hindurch diese Erwiderungen vervielfältigt an die Presse versandt. Nebenkläger Scheidemann: Ist es richtig, daß der Zeuge diese Korrespondenz an die ganze deutsche Presse sandte und einen Preis von 5 Pf. berechnete, der für Kriegsblinde verwendet werden sollte? Baumeister: Das ist richtig. Ich habe, so sagt Baumeister weiter, niemals die Uebersendung gehabt, daß Sklarz und Scheidemann gemeinsam Geschäfte gemacht haben, aber ich war der Ansicht, daß Sklarz Geschäfte gemacht habe, die ihm durch seine Freundschaft mit Scheidemann erleichtert wurden. Justizrat Werthauer: Es ist unwahr, daß Sklarz jemals infolge seiner Freundschaft mit Scheidemann Geschäfte gemacht hat. Diese Behauptung des Zeugen bedeutet eine schwere Verleumdung des Nebenklägers. Welche Unterlagen hatte der Zeuge für diese Behauptung? Diese letzte Frage wird vom Vorsitzenden beantwortet. Scheidemann erklärt hierzu: Niemals ist jemand infolge seiner Freundschaft zu mir in die Lage gekommen, Geschäfte zu machen. Die Geschäfte, die Sklarz angeblich mit der Regierung gemacht hat, stellen sich bei den damaligen Verhältnissen als Dienstleistungen dar, die im Interesse des Reiches gelegen haben.

Zeuge Leutnant Rüttiger von der Sicherheitspolizei hat den Angeklagten Rhodin auf seiner Reise nach Dänemark begleitet, ohne daß der Angeklagte wußte, wer sein Begleiter war. Auf Befragen erklärt der Zeuge: Ich hatte keinerlei Bedenken gegen den Auftrag. Das Geld erhielt ich von dem Kommando. Auf wiederholte Fragen des Vorsitzenden und der Verteidiger erklärt er endlich, zu erklären, daß dem Zeugen das Geld entweder von einem Leutnant Kessel oder vom

Oberleutnant v. Kessel

übergeben wurde. Zeuge Sochaczewski bekennt, daß Davidsohn von der Beteiligung des Oberleutnants v. Kessel an der Sache wußte. Davidsohn sagt dazu nichts.

Staatsanwalt Gerlach erhebt gegen die Vereidigung des Zeugen Baumeister Einspruch, da er als Mittäter oder Anstifter in Frage komme. Rechtsanwältin Juliusberger spricht sich gegen die Vereidigung Sochaczewski und Baumeisters aus, da diese als Mittäter respektive Anstifter anzusehen seien. Auch Justizrat Werthauer schließt sich diesem Antrag der Verteidiger an.

Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, die Zeugen Sochaczewski, Baumeister und Davidsohn nicht zu verurteilen, da sie der Teilnahme an der Verleumdung Scheidemanns verdächtig seien. Leutnant Rüttiger wird verurteilt. Ein Antrag des Rechtsanwalts Juliusberger, Oberleutnant v. Kessel und Leutnant Kessels von der Sicherheitspolizei zu vernehmen, da besonders der erstere mit in den Kreis der Anstifter gehöre, wurde vom Gericht abgelehnt. Ebenso ein Antrag Werthauer, Herrn Georg Sklarz darüber zu vernehmen, daß er niemals derartige Geschäfte mit Scheidemann oder sonst einer anderen Regierungsperson gemacht habe.

Staatsanwalt Gerlach betont in seinem Plädoyer, daß von allen Vorwürfen, die gegen Oberbürgermeister Scheidemann erhoben worden seien, auch nicht der Schatten einer Wahrheit vorhanden sei. Der Angeklagte verdiene eine exemplarische Strafe, weil er den Nebenkläger aus gemeinen und niedrigen Gründen mit Schmutz bedeckte. Er beantrage, wegen des Sochaczewski gegenüber verübten betrübten Betruges 4 Monate Gefängnis, wegen des an Leutnant Rüttiger verübten vollendeten Betruges 6 Monate und wegen der ungeheuerlichen Verleumdung des Oberbürgermeisters Scheid-

mann 8 Monate Gefängnis, die auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr drei Monaten, unter eventueller Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, zusammenzuziehen seien. — Justizrat Werthauer führte in seinem Plädoyer aus, Rhodin habe aus Not inlokret gehandelt, hätte aber keinen Schaden angerichtet, wenn er nicht Leute gefunden hätte, die sich der Sache bereitwillig angenommen hätten. Wie gegen Erzberger, so sollte hier

gegen die Mehrheitssozialisten eine Mine gelegt

werden. Das Ganze sei eine politische Aktion gewesen. Man habe hier in eine Zentrale hineingelegt, welche die bürgerliche Ehre von Personen totmachen will. Man wolle aus der Ehre Sklarz etwas machen, um die Regierung zu bekämpfen. Aber der Versuch, eine Regierung auf solche Weise zu stürzen, grenze an Putzpolitik. Am Fall Sklarz sei nichts dran und wenn er noch jahrelang unerforscht würde. Die angeblich kompromittierten Regierungsbeamten existierten in Wahrheit überhaupt nicht. Die kräftigen Worte des Staatsanwaltes, daß auch nicht der Schatten eines Verdachtes an Scheidemann hängen werde, seien in dieser Atmosphäre mit ein reinigendes Gewitter eingeschlagen. — Rechtsanwältin Dr. Allee hob hervor, daß Rhodin aus bitterster Not heraus gehandelt habe. Es sei erklärlich, daß er in den Händen von Rännern, die von ihm Material forderten und ihn dann trübselig abspickten, zu einem solchen Vorgehen gekommen sei. Auch der Abg. Davidsohn sei nur ein Schieber gewesen. Hinter allem stehe die eine Stelle, die die 20 000 Mark hergegeben habe.

Oberleutnant v. Kessel und seine Hintermänner.

Es läge kein Grund vor, gerade hier ein Exempel zu statuieren. Denn die Drahtzieher dieser Affäre sähen zum Teil noch ganz anders, als in diesem Saal. Rechtsanwältin Dr. Juliusberger gab im Namen des Angeklagten eine Erklärung ab, daß dieser alle Behauptungen, die er in bezug auf Scheidemann aufgestellt habe, als jeder Begründung entbehrend und aus der Luft gegriffen bezeichnet, seine Handlungsweise lebhaft bedauere und um Entschuldigung bitte. Der Verteidiger führte weiter aus, daß die 1500 M., um die die Sicherheitspolizei geschädigt sein soll, gar nicht aus dem Vermögen der Sicherheitspolizei stammen, sondern aus einem privaten, wohlorganisierten und disziplinierten Konzern, der sich in konterrevolutionärem Sinne betätige. Da das Gericht es abgelehnt habe, Oberleutnant v. Kessel über die Herkunft des Geldes zu vernehmen, müsse in diesem Punkte ein Preispruch erfolgen, da es in nicht festgelegt sei, ob das Geld wirklich aus dem Fonds der Sicherheitspolizei komme.

Oberbürgermeister Scheidemann gab folgende Erklärung ab: „Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich kein Interesse daran habe, daß dieser unglückliche Mensch hier auf der Anklagebank hart bestraft wird. Ich hätte hier lieber einen handfesteren Menschen gesehen, der die Verleumdung der Verleumdung entgegensteht, die ich diesen Prozeß angestrengt habe. Ich war das aber meiner Partei und meiner Familie schuldig. Daß die Verleumdungskampagne jetzt ausbrechen wird, glaube ich nicht. Sie wird wohl in geschickterer Weise fortgesetzt werden. Ich möchte aber bitten, diesen unglücklichen Menschen nicht zu hart zu verurteilen.“

Nach kurzer Beratung verurteilt das Gericht folgendes

Urteil:

„Der Angeklagte wird wegen vollendeten Betruges, versuchten Betruges, in Lateinheit mit Verleumdung zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt, auf die 2 Monate 14 Tage Untersuchungshaft angeordnet werden.“

In der Begründung heißt es: Das Verhalten des Angeklagten habe gezeigt, daß er Geld verdienen wollte. So sei er dazu gekommen, Behauptungen aufzustellen, bei denen er dann durch drei Zeugen unterstützt und ausgeführt wurde. Ob er auf der Fahrt nach Hadersleben das Vermögen der Sicherheitspolizei oder eines anderen geschädigt habe, sei unwesentlich. Das Gericht habe auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte sich in einer fortgesetzten Handlung Geld verschaffen wollte. Die Behauptungen, daß Scheidemann an Schiebergeschäften beteiligt gewesen sei, bedeute gegen einen Politiker einen schwerwiegenden Vorwurf, sie stellten sich als eine Verleumdung dar. Der Angeklagte hat für seine Behauptungen nur zu willige Ohren gefunden, obwohl das Angeklagte seine Angaben auf der Hand lag. Durch diese Leichtgläubigkeit ist der Angeklagte beunruhigt worden, so daß er seine Verleumdung bis zur Niederschrift seines angeblichen Materials forcierte. Durch die Leichtgläubigkeit, die der Angeklagte bei den in Betracht kommenden Zeugen gefunden, die so an den Handlungen des Angeklagten teilgenommen haben, hat der Angeklagte einen gewissen Rückhalt gefunden und ist gewissermaßen zu seinen Behauptungen noch gedrängt worden. Bei der Strafbestimmung hat das Gericht die Rolle des Angeklagten berücksichtigt, andererseits aber in Betracht gezogen, daß die Handlungsweise des Angeklagten, der statt zu arbeiten sich auf diese Weise Geld verschaffen wollte, außerordentlich verwerflich ist.

In Anbetracht an die Begründung teilt der Vorsitzende mit, daß das Gericht in Erwartung eines Haftentlassungsantrages sich bereits über diese Frage schlüssig gemacht habe und zu einer Verurteilung eines eventuellen bezüglichen Antrages gekommen sei, da Flußverbauch vorliege.

Auf Anrufen seines Verteidigers R. A. Juliusberger nahm der Angeklagte Rhodin die ihm zurkannt Strafe an.

Wirtschaft

Die Brotpreiserhöhung.

Die Brotpreiserhöhung ist beschlossen. W. L. B. meldet hierzu:

Im laufenden Haushaltsjahre 1919/20 sind 7 1/2 Milliarden Mark für Verbilligung der eingeführten Lebensmittel — in der Hauptsache der zur Aufrechterhaltung der Grundration erforderlichen Waren — aufgewandt worden. Für etwa zwei Monate sind wir für die Brotpreiserhöhung der versorgungsberechtigten Bevölkerung auf die Auslandszufuhren angewiesen. Die für deren Verbilligung erforderlichen hohen Summen können bei der ungünstigen Finanzlage des Reiches für den neuen Reichshaushalt im bisherigen Umfang nicht bereit gestellt werden; jedoch werden durch einen demnächst einzubringenden Notetat mehrere Milliarden Mark für Fortführung der gesamten Verbilligungsaktion angefordert werden. Da jedoch der Vollbetrag der Ausgaben auf diesem Wege nicht gedeckt werden kann, wird auf Beschluß des Reichsrates und des 6. Ausschusses der Nationalversammlung der Wehlpreis der Reichsbrotstelle mit Wirkung vom 3. Mai von 102 Mark auf 204 Mark für einen Doppelzentner heraufgesetzt.

Der Brotpreis muß infolgedessen leider erhöht werden, beispielsweise für Berlin von 2,65 auf 3,85 Mark. Der Umfang der auch bei diesen Preisen noch erheblichen Verbilligung läßt sich daraus ermessen, daß der Preis für 1 Kilogramm aus ausländischem Getreide ermahlenen Mehles bei jenem Wehlungsstande nicht unter 7,75 Mark, der Preis für ein aus diesem Mehl hergestelltes 1000-Gramm-Brot nicht unter 12,20 Mark betragen könnte. Auch in Zukunft wird demnach der Reichsausschuß für das Brot sehr erheblich sein.

Stadtverordnetenversammlung.

Vertagung der Dringlichkeitsanträge der sozialdemokratischen Fraktionen. — Zentrumsgulagen. — Der Ausnahmezustand.

Die Beratung der von den beiden sozialistischen Fraktionen gestern eingebrachten drei Dringlichkeitsanträge betraf 1. die Kasseier, 2. die sofortige Einstellung der Gehalts- und Lohnzahlungen an solche Angestellte und Arbeiter, die durch Schiedssprüche der paritätischen Kommissionen entlassen oder zur Disposition gestellt sind, 3. die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Fälle der Beteiligung städtischer Beamten usw. am Kapp-Putsch wird für heute durch Koch verhindert, der namens der Bürgerlichen Vereinigung Einspruch erhebt. Die Anträge kommen am nächsten Donnerstag an erster Stelle zur Verhandlung.

Angesichts des anhaltenden Fortschritts der Lenkung will der Magistrat den städtischen Arbeitnehmern für die Zeit nach dem 1. April zunächst provisorisch einen Stundenlohnsatz von 60 Pf. gewähren, der für April sofort in voller Höhe ausbezahlt werden soll. Auf das Jahr bezogen bedeutet diese Zulage einen Mehrumsatz von 56 Millionen Mark.

Klein (Dem.) und Koch (So. Vgg.) plädieren für Aufschubberatung, da zwar weitere Verteuerungen festzustellen wären, aber auch, u. a. bei Dieselöl und Hüllentrüben, Verbilligungen eingetreten seien (Waldner), auch die allgemeine Finanzlage der Stadt in Betracht zu ziehen sei.

Weise (U. So.) hält es bei der Voreingenommenheit der Bürgerlichen gegen die Arbeiterschaft für aussichtslos, jene zu überzeugen, daß die Notlage der letzteren gebieterisch alsbaldige Abhilfe verlangt. Aufschubberatung sei nur Zeitverlust.

Nach einer Entgegnung von Koch tritt auch Dittmer (So.) diesem mit Unentschiedenheit entgegen und lehnt ebenfalls den Umweg über den Ausschuss ab. Cassel (Dem.) dagegen sieht die Prüfung der Notwendigkeit der Mehrbezahlung für unerlässlich an; die Prüfung durch den Magistrat allein, auf die Stadtrat Weise sich besonnen habe, genüge nicht. Die derzeitige Mehrzahl verweigert mit der Ablehnung der Aufschubberatung die Vertagung der Bürgerlichen.

Der Antrag auf Aufschubberatung wird gegen Demokraten und Bürgerliche Vereinigung abgelehnt. Abg. Cassel erklärt hierauf in großer Erregung, daß die Demokraten, nachdem jede Prüfung einer so großen Forderung unmöglich gemacht sei, die Verantwortung dafür denen überlassen müßten, die diesen Zustand herbeigeführt hätten. Gleiche Erklärungen geben Koch und Dr. Lammerich (R.) ab.

Dr. Rosenfeld (U. So.) protestiert gegen die Art, wie die Minderheit das Verfahren der Mehrheit kritisiert; letztere lehne es ab, Befehle von denen zu empfangen, die sich hier zu Unrecht als die Vertreter der gesamten Bürgerlichkeit aufstellen.

Der Magistratsvorschlag gelangt hierauf zur Annahme. Ein Antrag Wehl vom 10. April erludt den Magistrat, schleunigst bei den zuständigen Behörden auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin hinzuwirken.

Der Antrag wird von Dr. Rosenfeld begründet. Die Verhängung des Ausnahmezustandes am 13. Januar durch die Regierung Bauer-Roske-Feine habe erst den Putsch vom 18. März und den vorübergehenden Sieg der Gegenrevolution ermöglicht. Jeder Tag des Fortbestandes vergrößere die Putsch-Gefahr im Inlande und verringere das deutsche Ansehen im Auslande. (Zurufe: Holz! Braß!) Selbst der Reichswehrminister habe gestern zugegeben, daß der Ausnahmezustand die Wiederherstellung des Friedens in Deutschland verhindere.

Kohl (So. Vgg.) rüft kaiserliche Proletkindergebungen der U. So. hervor, als er davon spricht, daß den Linkscabinalen auch Gesindel wie Holz und andere sich angeschlossen hätten, die sich nur die Taschen füllen wollten. Reiner wendet sich dann gegen die vom Magistrat gebotene „Rebentregierung“, erklärt die Ablehnung des Antrags und spricht unter großer Heiterkeit der U. So. der Regierung sein volles Vertrauen aus.

Franz (So.): Wir haben stets jede Beschränkung der Versammlungs- und Versammlungsfreiheit verworfen. Für unsere jetzige Haltung ist maßgebend, daß neuerdings die Reaktion in Deutschland und Berlin am Werke ist, die Errungenschaften der Revolution zu beseitigen. Eine wirksame Bekämpfung dieser Reaktionen ist unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes nicht denkbar; wir werden daher den gestellten Antrag voll unterstützen.

Cassel: Noch vor kurzem haben die Mehrheitssozialisten einen gleichen Antrag der U. So. abgelehnt (Zurufe). — Die veränderten Verhältnisse scheinen mir in der jetzt einsetzenden Wahlbewegung zu liegen. Den Ausnahmezustand in Berlin zu beseitigen, bleibe ein dauernder Wunsch, solange die Putschgefahr von rechts wie von links fortdauere. In einem Mißtrauensvotum für die demokratischen und sozialdemokratischen Minister hätten die Demokraten keine Veranlassung.

Koblenzer (So.): Die Zeiten haben sich geändert. Wir wollen die Kräfte, die leider in der Arbeiterschaft befanden, nicht noch erneuern. Hätten wir eine einheitliche Sozialdemokratie gehabt, nie hätte der Kapp-Putsch in Szene gesetzt werden können. Ueber den Verlagerungszustand hat auch bei unseren Genossen zur Linken eine andere, dem Theoretikum mehr abgewandte Auffassung Platz gegriffen. Wir sehen voraus, daß die neue Kampffront sich nicht gegen alle Auswüchse des Kampfes von rechts und von links richten wird.

Nach dem Schlußwort kommt es noch zu sehr heftigen Zusammenstößen zwischen Demokraten und U. So., als Cassel während einer persönlichen Bemerkung von Adolf Hoffmann zugehört wird: Wenn Kapp gestört hätte, wären Sie wieder Monarchist geworden! Dieser Zuruf löst Zurufe, wie Unverschämtheit! Frechheit! und Beschwerden bei den Demokraten aus; Stadtr. Hausberg erhält einen Ordnungsruf.

Der Antrag Wehl wird angenommen. Die Forderung des Magistrats auf Nachbezahlung von 1 1/2 Millionen Mark für Geschäftsbedürfnisse und Frachtkosten wird von Dr. Wehl wegen ihrer gewaltigen Höhe beanstandet. Stadtrat Wege, Kämmerer Böck und Bürgermeister Dr. Reide verteidigten die Vorlage, die schließlich einem Ausschuss überwiesen wird.

Die Vorlage wegen Neuweisung der Befoldungsordnungen geht an einen Ausschuss.

Vom 1. Oktober 1919 ab sollen die Viktoriaadressierten der städtischen Schwefelwerke sekundär gleichgestellt werden. Frau Dr. Wehl befragt auch die Einbeziehung der alten Viktoria-Schwefelwerke in die städtische Pensionierung.

Die Erhöhung der Schulgeldsätze an den Hoch- und Fortbildungsschulen wird beschlossen. Die Erhöhung der Aus- und Verpflegungskosten in den Krankenanstalten auf das Doppelte, nämlich auf 12 Mk., belächelt Dr. Wehl, während Böck (So.) eine Erhöhung auf 9 Mk. für einwilligen genügend erklärt. Dr. Wehl vermischt bei den Kämmerern durchaus das soziale Verhältnis.

(Die Verhandlung geht bei Schluß des Wortes weiter.)

Gewerkschaftsbewegung

Der Generalstreik als „unverschuldetes Unglück“.

Die Gewerkschaftsbünde der Angestellten können ihren Kerger immer noch nicht verbergen, daß die Angestellten, entgegen der Parole der Gewerkschaftsbünde, in ihrer großen Mehrheit dem Rufe zum Generalstreik gefolgt sind.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten bezeichnet in einem Rundschreiben, das er an seine Geschäftsstellen verendet, den Generalstreik als ein unverschuldetes Unglück. Er meint, daß seine Mitglieder nicht freiwillig, sondern nur dem Zwange folgend, gestreikt hätten.

Das Rundschreiben selbst erscheint interessant genug, um es der breiten Leserschaft zugänglich zu machen.

Berlin, den 27. März 1920.

An unsere Geschäftsstellen und Betriebsvertrauensleute in Berlin. Bezahlung der Streiktage vom 13. bis 17. März 1920.

Nachdem der Generalstreik sein Ende gefunden hat, wird jetzt die Forderung aufgestellt, den Arbeitnehmern die Streiktage zu bezahlen. Unsere Stellungnahme hierzu ist folgende:

Der G. d. A. hat als parteipolitisch neutrale Organisation nicht zum Streik aufgerufen, sondern die Stellungnahme zu diesen Vorgängen seinen Mitgliedern als Staatsbürger je nach ihrer politischen Überzeugung freigestellt. Wir sind infolgedessen nicht dazu verpflichtet, Streikunterstützungen zu bezahlen.

Die Streikteilnehmer müssen sich deshalb, soweit sie nicht den Standpunkt einnehmen wollen, daß man für die Erfüllung staatsbürgerlicher Verpflichtungen keine Bezahlung fordern kann, an die Organisationen und Stellen halten, die zum Streik aufgerufen haben. (Politische Parteien, freie Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Deutscher Beamtenbund, Reichsregierung.)

Einzelne haben die politischen Parteien auch ihre Arbeitgeber aufgefordert, die Streiktage freiwillig zu bezahlen. Unsere Mitglieder haben den Arbeitgebern gegenüber Anspruch auf Gehaltszahlung, und sie haben dies damit zu begründen, daß unser G. d. A. nicht zum Streik aufgefordert hat. Dieser politische Streik ist für sie ein unverschuldetes Unglück gewesen, durch das sie an der Leistung ihrer Dienste verhindert worden sind.

Unsere Geschäftsstellen werden angewiesen, bei Streitfällen zwischen den Mitgliedern und einzelnen Arbeitgebern über die Bezahlung der Streiktage im Sinne vorstehender Richtlinien vermittelnd einzugreifen und die gesetzlichen Rechte zu wahren, gegebenenfalls den Schlichtungsausschuss anrufen.

Ueber die Entschädigung der Arbeitnehmer für Streikschäden wird der G. d. A. mit der noch in Bildung begriffenen Reichsregierung verhandelt.

Gewerkschaftsbund der Angestellten. Der Bundesvorstand. gez. Beckmann. gez. Kotbe.

Nach diesen Rundschreiben scheinen die Herren vom Gewerkschaftsbund sich nicht bemüht zu sein, daß bei einem Sieg der Kapp-Putschisten alle Errungenschaften der Angestellten mit einem Schläge weggewischt gewesen wären und daß infolgedessen dieser Streik auch eine eminente wirtschaftliche Bedeutung hatte.

Von einer gewissen Heuchelei zeugt die Tatsache, daß derselbe Herr Beckmann, der diesen Kufur unterzeichnet, in der Nachsicht im Staatsministerium erschienen war und nun auf einmal für seine Organisation die acht Gewerkschaftsforderungen unterschreiben wollte. Genosse Rehm mußte dem Herrn erst bedenken, daß man mit „Gewerkschaftsführern“ dieser Art keine gemeinsamen Forderungen erhebt. Erst erklären sich die Herren neutral, wenn es aber gilt, die Ernte des Generalstreiks einzubringen, dann wollen sie mitmachen, und nachdem ihnen das nicht gelungen, erklären sie den Generalstreik als ein „unverschuldetes Unglück“.

Das Verhalten dieser Ausschweifungen sollte allen kaufmännischen und Bureauangestellten erneut zeigen, daß ihr Platz nur im Zentralverband der Angestellten ist.

Bezugnehmend auf den Bericht des „Vorwärts“ in Nr. 185 über die Aso-Versammlungen erhalten wir vom Gewerkschaftsbund der Angestellten eine Verichtigung, wonach die Behauptung des Versammlungsbredners, der G. d. A. hätte sich sofort auf die Seite der Kapp-Mittwiger geschlagen, unwahr sei.

Wahr dagegen sei, daß der Gewerkschaftsbund als parteipolitisch neutrale Organisation seine Mitglieder sofort aufgefordert habe, als Staatsbürger zu den Ereignissen Stellung zu nehmen und dem Rufe ihrer politischen Parteien zu folgen. Auch sei die Behauptung, daß der G. d. A. eine Organisation sei, die auf national-reaktionärer Grundlage beruhe, unwahr. Der G. d. A. erziehe seine Mitglieder im Sinne einer freiheitlichen, sozialen und nationalen Staats- und Wirtschaftsauffassung.

Daß diese Verichtigung auf den unbefangenen Leser einen Eindruck macht, durch den der G. d. A. in günstigerem Licht erscheint, kann wohl nicht gesagt werden.

Bankbeamtenstreik in Königsberg.

Wie der Allgemeine Verband der Bankbeamten mitteilt, hat die Angestelltenschaft der Königsberger Bankbetriebe heute morgen nach ereignislosem Ablauf der den Verkaufungen zur Bewilligung der erhobenen Forderungen gestellten Frist geschlossen die Arbeit niedergelegt. Der Kampf geht um die Durchsetzung der Reichsarbeitsverträge, Ortsklasse I, mit einem Aufschlag von 20 Proz.

Achtung, Betriebsräte!

Nach § 80, Absatz 3 des Betriebsrätegesetzes, der da lautet: „Ist die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen, so ist binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen“, muß sofort mit der Erledigung der alten zumeist rückständigen Arbeitsordnungen begonnen werden. Das Gesetz ist am 9. Februar in Kraft getreten, bis zum 9. Mai müssen die neuen Arbeitsordnungen in Kraft treten. In den §§ 75, 78, Ziffer 8 und 14 des Betriebsrätegesetzes wird dann noch weiter auf die Aenderung der bestehenden Arbeitsordnungen Bezug genommen.

Nach § 184b der Gewerbeordnung braucht eine Arbeitsordnung nur Bestimmungen zu enthalten über das Maß der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, die für Arbeiter vorgezeichneten Pausen, die Zeit und Art der Abrechnung der Lohnzahlung, solche Bestimmungen über die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses. Außerdem kann sie noch weitere, die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter betreffende Vorschriften enthalten. Von diesen „Rahmenvorschriften“ ist bisher der weitestgehende Gebrauch gemacht worden, aber gerade sie waren es, die für die Arbeiterschaft so nachteilig waren. Wenn sie wegfallen, verlieren die Arbeiter wirklich nichts.

Aus den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen geht vor allem hervor, daß die Arbeitsordnung sehr kurz sein kann. Unter allen Umständen sollen die Betriebsräte darauf sehen, daß die Strafbestimmungen aus den Arbeitsordnungen entfernt

werden. Die „Bestrafung“ des Arbeiters bedeutet einen Rückschlag in die Höflichkeit alter Zeiten.

Es wird zweckmäßig sein, wenn die Betriebsräte zur einheitlichen Durchführung dieser wichtigen Bestimmung sich mit den in Frage kommenden Gewerkschaften sofort in Verbindung setzen.

Sekretariat der Betriebsräte, In den Zeiten 23, Telef. Dania 1425.

Verstärkte Lage im Gastwirtsgerwerbe.

Die Möglichkeit, auf friedlichem Wege die vollständig unzulänglichen Löhne den heutigen Verhältnissen anzupassen, ist durch die frühere Ablehnung der Arbeitgeber-Organisationen vollständig gescheitert. Mit allen Mitteln versuchen die Unternehmer die berechtigten Forderungen auf den Rimmermehrstag hinauszuschieben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als suchten sie den Kampf zu erzwingen. Anders kann man ein Schreiben des Hotelbesitzervereins nicht auffassen, nach dem die Beauftragten der Gehilfenorganisation auch für weitere Verhandlungen nicht anerkannt werden. Auch die gastronomischen Angestellten erheben Anspruch auf Anerkennung ihrer Organisationen, denen sie die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen übertragen haben. Vier große öffentliche Versammlungen, die Freitag nachts 11 1/2 Uhr im Café Stern, Café Corso, Lehrervereinshaus und Schaubühne, früher Hofjäger, stattfinden, werden zur jetzigen Situation Stellung nehmen und entsprechende Beschlüsse fassen.

Beitragserhöhung im Lederarbeiterverbände.

Durch Urabstimmung ist im Lederarbeiterverbände eine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorgenommen worden. In der Verbandsstufe für die Frauen und Jugendlichen wurde der Beitrag von 60 Pf. auf 1 Mk. die Woche, in der Verbandsstufe 2 von 60 Pf. auf 1,70 Mk. in 3 von 1,20 Mk. auf 2 Mk. erhöht. Als Gegenleistung für die Beitragserhöhung, die in der Hauptsache der Stärkung der Hauptkasse dienen soll, wurde die Streikunterstützung in der 1. Verbandsstufe für die Frauen und Jugendlichen der Beitragserhöhung entsprechend erhöht. In der 2. und 3. Verbandsstufe, für die erwachsenen männlichen Mitglieder, wurde die Streikunterstützung verdoppelt. Der erhöhte Beitrag trat mit dem 1. April in Kraft. Der Verband zählte am Schlusse des Jahres 1919 8332 Mitglieder. Davon beteiligten sich an der Urabstimmung 17273 Mitglieder. Mit „Ja“ stimmten 14086, mit „Nein“ 3081 Mitglieder, und 128 Stimmen waren ungültig.

Annahme des Schiedspruchs für die Damenkonfektion.

In einer Mitgliederversammlung der Damenkonfektion in den Zentralstellen wurde der vom Schlichtungsausschuss gefällte Schiedspruch einstimmig angenommen. Der Schiedspruch sieht eine wöchentliche Zulage für die erste Tarifklasse von 8,77 Mk., für die zweite Klasse von 14,00 Mk. und für die dritte Klasse von 21,50 Mk. vor. Ferner wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 15. April tagende Versammlung der Damenkonfektion des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen erklärt sich mit den Beschlüssen und Vorschlägen der Konferenz vom 14. April einverstanden.“

Zur Lohnbewegung der Kutsher und Mitfahrer der Dampfzuckererien.

In einer gut besuchten Versammlung nahmen die Kutsher und Mitfahrer Stellung zu der Antwort der Arbeitgeber. Reher gab Bericht über den Verlauf der Bewegung. Die Firmen Wagner, Pöhlentz, Königskönigliche Dampfzuckerfabrik und M. Gohlke, Wulterhauser Straße, haben die Forderungen anerkannt. Mit anderen Firmen stehen wir in Verhandlungen. Nur der Arbeitgeberverband weigert sich, einen Tarifvertrag zu schließen und will mit seinen Arbeitern die Lohnfrage persönlich erledigen. In der Diskussion wies die Kutsher dieses Ansinnen der Arbeitgeber als entschieden zurück. Die Löhne für Erwachsene betragen zurzeit 110 bis 160 Mk. und die Jugendlöhne der Arbeiter werden nur so geringfügig sein, daß sie einem Trinkgeld gleichkämen.

In Form einer Resolution wurde der Deutsche Transportarbeiterverband erneut beauftragt, die Interessen der Kutsher und Mitfahrer zu vertreten. Sie selbst verpflichten sich, einzig und geschlossen hinter diesen Forderungen zu stehen und sind bereit, die schärfsten, ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Erreichung gesunder Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Anwendung zu bringen. Die Forderungen sind: Lohn wöchentlich 250 Mk. für Kutsher und Mitfahrer, Jugendliche bis 16 Jahren 90 Mk., Jugendliche von 17 bis 19 Jahren 120 Mk. wöchentlich. Gewährung eines Sommerurlaubs.

Achtung, Tiefbauarbeiter!

Die Versammlung findet heute, Freitag, statt. Beachtet die Versammlungsanzeige in der heutigen Morgenausgabe.

Achtung, Freizeugschiffen! Für die am Sonntag geschlossenen halbtägigen Schiffsfahrten findet am Sonntag, den 18. April in folgenden Lokalen Kontrollversammlungen statt. Zentrum: Götterstr. 30; Friedrichshagen: Georgstr. 24; Potsdamer Viertel: Anl. 14; Bagg. Viertel: Martin-Luther-Str. 78. Erscheinungen unbedingt notwendig; Mitgliedsbuch mitbringen!

Für die am Sonntag arbeitenden Mitglieder findet am Montag, den 19. April, vormittags 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft in Nieder-Schönhausen, Strauchwiese, statt. Kontrolle der Mitgliedsbücher von 10 bis 11 Uhr; nachdem Unterhaltung.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe II (Hilfsangestellte der Ost-Berliner Gemeinden). Mitgliederversammlung am Freitag, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr, „Sophienäle“, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: Der Zentralverband und seine Gegner. — Fachgruppe 12 (Angestellte des Gewerbes). Offizielle Versammlung am Freitag, den 16. April, abends 7 Uhr, im Kriegerehrenhaus, Gansstr. 94. Bericht über Tarifverhandlungen. — Versammlungen am Sonnabend, den 17. April: Fachgruppe 17 (Ektion Hotel, Café- und Restaurationsangestellte). Abends 7 1/2 Uhr in den Zeiten 4 (Köpenicker-Kirchhof). Wichtige Schiffsversammlungen. Tagesbesprechung. — Fachgruppe 18 (Ektion der Privat-handelslehrer). Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Rathmann, Wilhelmstr. 118.

Parteinachrichten.

Manifester für den Wahlkampf.

In seiner letzten Sitzung legte der Bezirksvorstand für Franken die Erhebung eines Extrabeitrages von einer Mark monatlich für die nächsten drei Monate fest. Außerdem sollen noch zur Bestreitung der Wahlkosten Sammellisten in Umlauf gesetzt werden. — Die vier sächsischen Bezirksverbände haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung ebenfalls die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 1 Mk. für drei Monate beschlossen. — Im Bezirk Magdeburg-Anhalt wurden die ordentlichen Mitgliedsbeiträge für Männer auf 30 Pf., für Frauen auf 25 Pf. die Woche erhöht. Der Wahlfonds soll durch vier Monatsbeiträge à 1 Mk. und der Pressefonds durch einen einmaligen Beitrag von 2 Mk. gestärkt werden.

Beachtend, für den reaktionären Teil: Arthur Jäger, Charlottenburg; für Anarchisten: H. Bloch, Berlin. Verlag: Bornhans-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhans-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 2, Stern 1. Einga.

Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw. Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbureau, Berlin W. 66, Wilhelmstrasse 55.

